№ 23
B 11

Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 14. Januar 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

England auf der Belgrader Konferenz.

London, Belgrad und Bukarest.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London,** 14. Januar.

Der „Daily Telegraph" berichtet, anscheinend offiziös, daß die Beratungen der Kleinen Entente in Belgrad durch die diplomatische Intervention der englischen und italienischen Regierungen bei der jugoslawischen Regierung eine gewisse Lockerung der außenpolitischen Einheit dieses Bündnisses zur Folge gehabt hätten. Rumänien und Jugoslawien sollen Dr. Benesch erklärt haben, daß sie nach den englischen und italienischen Eröffnungen entschlossen seien, keine weiteren Abmachungen mit Frankreich zu treffen. Die jugoslawische Regierung soll erfahren haben, daß es sich für die Lösung der adriatischen Probleme praktisch lohnen würde, wenn sie auf eine engere Verbindung mit Frankreich endgültig Verzicht leistete.

Man betrachtet hier das Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien als den ersten Schritt der bereits von uns wiederholt angekündigten englischen Absichten, die **Kleine Entente in ihre Bestandteile aufzulösen, und zwar unter Angliederung von Polen, Rumänien und Jugoslawien an einen englischen Konzern.** Rumänien und Jugoslawien sollen ferner auf der Belgrader Konferenz der Tschechoslowakei zu verstehen gegeben haben, daß sie es mit der Anerkennung von Sowjetrußland nicht so eilig haben wie das Prager Kabinett. Jedem Mitglied ist daher seine völlige Handlungsfreiheit gegenüber Sowjetrußland zugestanden worden.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" bestätigt die vor einigen Tagen in hiesigen diplomatischen Kreisen in Umlauf befindlich gewesenen Gerüchte, wonach Dr. Benesch die Absicht habe, wenn er in London bei Ramsay Macdonald den französisch-tschechischen Vertrag besprechen sollte, dem englischen Arbeiterführer die guten Dienste der Prager Regierung bei einer englisch-französischen Auseinandersetzung über die europäischen Probleme anzubieten. Diese Ankündigung, die nunmehr anscheinend aus den Kreisen der tschechoslowakischen Gesandtschaft eine Bestätigung gefunden hat, hat in Arbeiterkreisen eine lebhafte Verstimmung ausgelöst. Die englische Arbeiterregierung fühlt sich keineswegs als eine Regierung, die diplomatisch mit Sowjetrußland einen gleichen Rang einnimmt und infolgedessen genötigt wäre, auf Mittelspersonen bei ihren Verhandlungen mit anderen Völkern zurückzugreifen.

Das Bündnis.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Belgrad,** 13. Januar.

Während die gestrigen Belgrader Blätter noch mit starker Zurückhaltung feststellten, daß mit Italien eine Verständigung erzielt worden sei, die nicht nur die Regelung der Fiumer Frage umfaßt, sind die heutigen Morgenblätter schon offener und erklären, daß es sich um ein wirtschaftliches und militärisches Bündnis handele. Aus der ganzen Schreibweise der Presse kann man ersehen, daß eine Aktion der Regierung im Gange ist, um die Oeffentlichkeit auf das ganz unerwartete und plötzliche Ereignis eines Bündnisses zwischen Italien und Jugoslawien vorzubereiten. Im allgemeinen werden die Nachrichten von der Verständigung mit Italien sympathisch kommentiert. Man erklärt, daß die Fiumer Frage einmal aus der Welt geschafft werden mußte, damit die beiden Staaten Fragen von weit größerer Bedeutung regeln können.

„Politica" berichtet, daß der Bündnisvertrag noch nicht unterzeichnet sei. Dr. Nintschitsch werde in allernächster Zeit nach Rom oder einer anderen italienischen Stadt reisen, um mit Mussolini zusammnzutreffen und den Vertrag zu unterfertigen. Diese Meldung der „Politica" dürfte der Wahrheit in dem Sinne entsprechen, daß der Vertrag bereits fertiggestellt ist, daß aber beide Regierungen dem Akt der Unterzeichnung vor der Oeffentlichkeit ein feierliches Gepräge geben wollen.

Die Verhandlungen, so erklärt weiter die „Politica", wurden zwischen Mussolini, Pasitsch und Nintschitsch mittels geheimer Kuriere geführt und begannen bald nach dem Abbruch der letzten Verhandlungen der jugoslavisch-italienischen paritätischen Kommission in Rom. Es ist nicht anzunehmen, daß gegen den Vertrag von irgendeiner Seite in Jugoslawien besondere Opposition gemacht werden wird, obwohl die Kroaten mit dem Ergebnis des fünf Jahre dauernden Kampfes um Fiume nicht sehr zufrieden sein dürften.

Unterredung mit Benesch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Belgrad,** 13. Januar.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch empfing heute Ihren Berichterstatter und gab ihm in einem längeren Gespräch Aufklärung über die Ergebnisse der heute abgeschlossenen Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad.

Auf die Frage, ob sich die Konferenz mit der Ruhr- und Reparationsfrage beschäftigt habe, erklärte Dr. Benesch, daß diese Frage nur im allgemeinen berührt worden sei und daß es in den Einzelheiten zu keiner Diskussion gekommen sei, da der jugoslawisch-deutsche Sachlieferungskonflikt nicht zur Sprache kam; denn die Kleine Entente stehe auf dem Standpunkt, daß in solchen Einzelheiten den Staaten volle Handlungsfreiheit gesichert werden müßte.

Dr. Benesch erklärte sodann: Ich gehe jetzt nach London, um an den Sitzungen des Völkerbundrates über die ungarische Anleihe als Vertreter der Kleinen Entente teilzunehmen. In dieser Frage bestehen noch einige Schwierigkeiten, besonders weil ein Mitglied der Kleinen Entente darauf hinwies, daß Ungarn die bei den Vorverhandlungen übernommenen Verpflichtungen noch nicht erfüllt habe, die als Bedingungen für die Gewährung der Anleihe gestellt wurden. Auch die Forderung der Militärkontrolle müsse noch diskutiert werden, obwohl diese Frage bei den Verhandlungen schon einmal ins Reine gebracht wurde, aber Ungarn auch hier nicht allen Forderungen nachgekommen ist.

Ihr Berichterstatter fragte darauf Dr. Benesch, ob ihm etwas über die Regelung der jugoslawisch-italienischen Beziehungen bekannt sei, worauf Dr. Benesch wörtlich erklärte: „Es wurde eine Annäherung erzielt." Auf die Frage, ob diese Annäherung auch ein Bündnis zwischen den zwei erwähnten Staaten bedeute, verweigerte Dr. Benesch die Antwort.

In der russischen Frage nimmt die Kleine Entente eine abwartende Haltung ein und wird erst sehen, wie sich die Beziehungen anderer Mächte, besonders Englands und Italiens, zu Rußland gestalten werden. In diesem Sinne sind auch die Meldungen zu verstehen, daß den einzelnen Mitgliedern in der russischen Frage „freie Hand" gelassen wurde.

Auf die Frage Ihres Berichterstatters, welche Beschlüsse zu dem tschechoslowakisch-französischen Bündnisvertrag gefaßt wurden, erklärte Dr. Benesch, daß überhaupt keine Beschlüsse gefaßt wurden, da er einfach seine Bündnispflicht erfüllt, und den anderen Ministern der Kleinen Entente über diese Frage lediglich referiert habe. Alle übrigen Meldungen, die in der europäischen Presse verbreitet wurden, und die damit zusammenhängenden Kombinationen entbehren jeder Grundlage. Auf die Frage, ob eine Erweiterung dieses Vertrages auf Rumänien und Jugoslawien geplant sei, erklärte Dr. Benesch, daß derartiges überhaupt nicht diskutiert wurde.

Der Tag der Sachverständigen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris,** 14. Januar.

Das große Interesse der politisch interessierten Kreise von Paris ist auf die Frage konzentriert, wie die französische Anregung einer deutsch-französischen Verhandlung auf breiterer Grundlage in Berlin aufgenommen wird. Die Verwaltungsfragen im besetzten Gebiet, die Separatistenbewegung und alle mit der Reparationsregelung zusammenhängenden Fragen sind nach der hier vorherrschenden Auffassung von „untergeordneter" Bedeutung und werden rasch in den Hintergrund treten, falls ihre Erörterung zwischen Berlin und Paris im Rahmen einer grundsätzlichen Aussprache über die künftige Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen möglich sei.

Bei dieser Einstellung ist natürlich auch das Interesse der französischen Kreise für den ersten Sachverständigenausschuß der Reparationskommission, der heute vormittag 11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, nicht sehr groß. Die Pariser Morgenblätter weisen allerdings in längeren Artikeln auf dieses Ereignis hin, aber diese Artikel enthalten im wesentlichen nur eine Darstellung der allgemein bekannten Vorgeschichte der von der Reparationskommission angeordneten Untersuchung und mutet wie ein vom Quai d'Orsay inspirierter Höflichkeitsakt an. Man hat hier den Eindruck, daß auch die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse ergebnislos bleibt, falls die grundsätzliche Einigung mit Deutschland nicht in den nächsten Wochen zustande komme.

Die radikale „Ere nouvelle" bedauert, daß die Kreise des Quai d'Orsay sich für die heute beginnende Beratung des ersten Sachverständigenausschusses kaum interessieren. Das Blatt meint, es scheine ausgeschlossen, daß die Erörterungen der Reparationsprobleme durch Persönlichkeiten vom Range des Amerikaners Daves und des Engländers Mac Kenna nicht irgendeine Aenderung herbeiführen. Die extrem nationalistische „Libre parole" äußert die gleiche Ansicht in der Form einer Befürchtung. Das Blatt erklärt, die Amerikaner würden die Debatte beherrschen und alle politischen Erhebungen beiseite schieben. Man müsse fragen, was aus den von Poincaré errichteten Schranken werde, aber es sei gar nicht sicher, daß diese Schranken überhaupt noch bestehen.

Das „Journal" ist davon überzeugt, daß die Amerikaner eine wahre schiedsrichterliche Rolle bei den bevorstehenden Beratungen spielen werden. „Petit Parisien" äußert optimistisch, die Sachverständigen würden rasch feststellen, daß die Erzielung greifbarer Ergebnisse nicht so schwer sei, wie bisher angenommen wurde.

Neuwahlen und Wahlreform

Von
Max Cohen-Reuß,
Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

Die Dringlichkeit einer Wahlreform noch vor den Reichstagswahlen ist an dieser Stelle wiederholt betont worden. Als Beitrag zu dieser Diskussion geben wir die folgenden Ausführungen:

In der ersten Hälfte dieses Jahres, vermutlich bereits im Frühjahr, werden die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden. Eigentlich hätte der gegenwärtige Reichstag schon längst das Zeitliche segnen müssen, damit durch Neuwahl die derzeitige politische Willensrichtung des deutschen Volkes hätte festgestellt werden können. Von dieser Willensrichtung ist, soviel auch die extremen Parteiagitatoren rechts und links reden mögen, nur eines sicher: die Unzufriedenheit mit der politisch-parlamentarischen Gegenwart. Feste und klare politische Standpunkte sind bisher bei den Oppositionsparteien keineswegs hervorgetreten, wo das aber doch der Fall war, sind sie ebenso schnell wieder verlassen worden, als sich die Möglichkeit des Eintritts in eine Koalitionsregierung bot. Wenigstens gilt das für den wichtigsten Teil der Opposition, für die Deutschnationalen, während die rechts von ihnen stehenden Völkischen wohl selber nicht mehr den Anspruch erheben, eine über neue politische Ziele verfügende Oppositionspartei zu sein. Denn damit, daß man als Gegner von Demokratie und Parlamentarismus auftritt und für die Diktatur schwärmt, ist noch gar nichts geschehen. Alle drei Formen können unter Umständen richtig sein, es kommt nur auf Ziel und Inhalt an.

Es sind ja auch gar nicht Demokratie und Parlamentarismus an sich, die „versagt" haben, versagt haben lediglich die mit ihrer Anwendung betrauten Männer, die aber mit Recht die außergewöhnliche Schwere der Aufgabe als Milderungsgrund für sich anführen und darauf hinweisen können, daß das alte System unter weniger schweren Verhältnissen noch geringere Leistungen aufzuweisen hatte. Damit sollen die Fehler des neuen Regimes, die sich während des Ruhrkampfes in einer für das deutsche Volk fast tödlich wirkenden Weise gezeigt haben, keineswegs beschönigt werden. Gerade bei uns hat sich mit Deutlichkeit gezeigt, daß der Parlamentarismus keine Form ist, die man bloß „einzuführen" braucht, damit sie wirke, sondern daß er nur durch die fruchtbare Leistung eines Parlaments auch dann herauswachsen kann, wenn die äußeren Formen noch recht ungenügende sind. In Deutschland ist das nicht geschehen. Hier brach das alte System zusammen, und man dekretierte ein parlamentarisches durch Kopierung seiner äußeren Form, indem man naiverweise glaubte: nun hätte man es in Wirklichkeit. Man hat sich viel zu wenig um den Geist des neuen Systems gekümmert, viel zu wenig dafür gesorgt, die Form durch eine richtige Politik auszufüllen; diese blieb vielmehr ebenso leer wie in der vergangenen Oppositionszeit. Indessen ist die Form des Gebäudes ohne großen Belang: sie kann stets umgeblasen werden, wenn sie keinen fruchttragenden Inhalt hat. Nur auf die Substanz einer Politik kommt es an, sie ist das Entscheidende, und kein politisches System kann sich auf die Dauer durchsetzen, wenn die aufbauende Politik fehlt. Solange sie nicht da ist, kann nichts Richtiges werden, die politischen Parteien werden sich aber sputen müssen, wenn sie das gegenwärtige System erhalten wollen.

Von dem, was politisch zu geschehen hätte, soll aber im folgenden nicht die Rede sein, es soll vielmehr auf einen Uebelstand hingewiesen werden, dessen Beseitigung zur besseren Fundierung der parlamentarischen Fraktionen unerläßlich ist: das gegenwärtige Wahlrecht. Zwar handelt es sich auch um formale Bestimmungen, aber immerhin um solche, die, wie sie jetzt bestehen, vortrefflich dazu geeignet sind, den Parlamentarismus geistig zu veröden. Das bei uns bestehende Listenwahlsystem ist zwar seiner äußeren Form nach ein Proportionalsystem, in Wirklichkeit aber eine Karikatur eines Proporzes, dessen Idee es geradezu kompromittiert. Es überläßt die hauptsächliche Entscheidung den Parteibürokratien, wodurch automatisch die geistig bedeutende Persönlichkeit ausgeschaltet wird und an ihre Stelle in der Regel die durch Parteifrommheit sich auszeichnende Mittelmäßigkeit tritt. Das braucht aber durchaus nicht die Folge des Proportionalverfahrens zu sein, dessen gesunder Sinn offenbar ist und das ganz anders aussehen kann. Bei dem jetzigen Wahlverfahren werden zwar die den Parteien zustehenden Sitze in gerechter Weise verteilt, dabei aber das wichtigste Recht des Staatsbürgers in der Demokratie: die Freiheit, den Mann seines Vertrauens zu wählen, glatt beseitigt. Indem man den Wähler für eine Partei festlegt, fesselt man ihn auch an die Personen und nimmt ihm so das Recht der Selbstentscheidung. Zugleich hat das geltende Wahlrecht die wichtigsten lebendigen Beziehungen zwischen Kandidaten und Wählern zerstört und dadurch beiden Teilen einen Impuls genommen, dessen Wiederherstellung notwendig ist. Nun lassen sich die Vorteile des Proportionalverfahrens sehr wohl durchführen, ohne daß sie mit den genannten Nachteilen verbunden zu sein brauchen, diese sind nur Nachteile des jetzigen Systems.

Bereits im Jahre 1896 hat Joseph Bloch Vorschläge für ein Proportionalwahlrecht gemacht (und sie inzwischen noch in einigen Punkten erweitert), das sowohl jeder Partei die ihr nach der Stimmenzahl zukommenden Sitze zuerkennt wie auch das freieste Selbstbestimmungsrecht des Wählers bei der Wahl des Abgeordneten ermöglicht. Dieses Proportionalverfahren sieht in seinen Grundzügen folgendermaßen aus:

Die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten für das ganze Land wird von vornherein festgesetzt, sagen wir einmal dreihundert für das ganze Reich. Nun wird das Reich in ebenso viele Einzelwahlkreise eingeteilt, bei denen es aber nicht so genau darauf ankommt, daß sie alle absolut gleich groß sind; denn eine Wahlkreisgeometrie mit den Ungerechtigkeiten des Vorkriegswahlrechts gibt es hier nicht. Die Wahl selber wird nun so vorgenommen, daß jeder der abzugebenden Stimmzettel den Namen eines bestimmten Kandidaten, unter Hinzufügung der Parteizugehörigkeit, enthält; also etwa: „Hermann Müller, Vereinigte sozialdemokratische Partei." Nach vollzogener Wahl werden sodann die Stimmen, die für jede Partei abgegeben worden sind, für das ganze Reich zusammengezählt und ebenso die Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmen. Indem man die beiden Zahlen dividiert und mit der Zahl der insgesamt zu wählenden Abgeordneten multipliziert, erhält man die auf jede einzelne Partei entfallende Mandatziffer. Wenn z. B. insgesamt 30 Millionen abgegeben worden sind, davon 10 Millionen für die Sozialdemokratie, so erhält diese $\frac{10 \text{ Millionen} \cdot 300}{30 \text{ Millionen}}$ gleich 100 Abgeordnete. Natürlich wird die Rechnung in der Regel nicht so glatt aufgehen, es werden überschießende Bruchteile vorhanden sein, die in folgender Weise verwendet werden. Wenn man lediglich die ganzen Zahlen (ohne die Bruchteile berücksichtigte, so würde die Summe der zu wählenden Abgeordneten nicht voll erreicht werden. Damit dies, unter entsprechender Berücksichtigung sämtlicher Parteien, geschehen kann, erhalten die Parteien einen Abgeordneten mehr, bei denen die überschießenden Bruchteile am größten sind, und zwar geht das der Reihe nach so lange, bis die Gesamtzahl der 300 Mandate voll ist.

Nachdem auf diese Weise die Zahl der Abgeordneten in wirklich proportionaler Weise bestimmt ist, handelt es sich darum, welche Einzelpersönlichkeiten als gewählt zu betrachten sind. Es wird festgestellt, welche Kandidaten die meisten Stimmen erhalten haben; der mit den meisten kommt an die Spitze, und dann geht es der Reihe nach, bis die auf die Partei fallende Gesamtzahl. die ja feststeht, erreicht ist. Auf diese Weise entscheiden die Wähler selber, welchen Kandidaten sie haben wollen. In der Praxis wird die Sache so vor sich gehen, daß in jedem Wahlkreise jede Partei ihren Kandidaten aufstellt, und die Wähler, die für die betreffende Partei stimmen, werden meist dem aufgestellten Kandidaten ihre Stimme geben. Aber sie müssen es nicht. Wenn einem Wähler der im Wahlkreis aufgestellte Kandidat nicht paßt, so kann er seine Stimme ruhig einem Kandidtaen geben, der von der Partei in einem anderen Wahlkreis aufgestellt ist. Der Wähler könnte schließlich auch für eine Persönlichkeit stimmen, die offiziell von der Partei nirgendwo aufgestellt wäre (das Aufstellen muß nicht unbedingt wie jetzt ein offizieller Akt sein), so daß auf diese Weise eine Persönlichkeit, die vielleicht in keinem Wahlkreise über eine Mehrheit verfügte, doch über das ganze Land hinweg genügend Stimmen auf sich vereinigte, um gewählt zu sein. Der betreffenden Partei würde ein solches Verfahren nichts schaden, da die auf den Namen abgegebenen Stimmen ihr zugute kommen, auch würden keine neuen Parteichen dadurch entstehen, da die betreffende Persönlichkeit sich zu einer Partei bekennen müßte. Wohl aber würden auf diese Weise die Wähler selbständig entscheiden und sich den Parteivorschriften entziehen und Persönlichkeiten wählen können, die zwar von der Parteibürokratie nicht gern gesehen, der Partei selber aber zur Zierde gereichen würden.

Was schließlich die Ergänzung beim Ausscheiden eines Abgeordneten anbetrifft, so braucht man bei dem geschilderten Verfahren keineswegs den „nächsten auf der Liste". d. h. denjenigen zu nehmen, der bei der Ordnung (Zählung) der Stimmen, den folgenden Platz erhalten hätte. Man könnte sehr wohl (am besten, indem man mehrere erledigte Mandate zusammenkommen ließe), festsetzen, daß regelrechte Nachwahlen in denjenigen Wahlkreisen stattzufinden hätten, in denen der Ausgeschiedene die meisten Stimmen bekommen hatte; dann würde man endlich wieder zu den Nachwahlen kommen, die für die Erkenntnis der politischen Stimmung der Bevölkerung eine große Bedeutung haben.

Das hier geschilderte Proportionalsystem würde die in der „Vossischen Zeitung" vom 8. Dezember (Morgenblatt) gestellten Forderungen der Beseitigung politischer Mumien und die dort ebenfalls gewünschte Rückkehr zum Einzelwahlkreis ermöglichen. Zusammengefaßt sind seine hauptsächlichsten Charakteristika die folgenden:

1. Absolute Proportionalität für jede Partei.
2. Möglichkeit der Ausschaltung der Parteiinstanzen; Geltendmachung auch der leisesten Strömung innerhalb der Partei.
3. Die Möglichkeit hervorragende Persönlichkeiten ins Parlament zu wählen.
4. Wiederherstellung der direkten persönlichen Verbindung zwischen Wählern und Gewählten; Belebung des Wahlkampfes.
5. Einfachheit und Uebersichtlichkeit des Verfahrens, schnelle Ermittelung des Wahlresultats.

Verständigung mit Thüringen.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Erörterungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung sind, wie wir erfahren, nunmehr abgeschlossen. Die thüringische Regierung hat sich bereit erklärt, die Bedingungen zu erfüllen, die der Reichsregierung unerläßlich erschienen, um von Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung abzusehen. Der Wortlaut der Vereinbarungen wird baldigst bekanntgegeben.

Keine Immunität für Hochverräter.

Der rheinische Separatistenführer Matthes hat im Namen des Rheinisch-Westfälischsten Unabhängigkeitsbundes aus Düsseldorf an den Reichstag die Anfrage gerichtet, ob separatistische Kandidaten, die für die nächsten Wahlen zum Reichstag aufgestellt werden, falls sie als Volksvertreter gewählt sind, die Immunität genießen.

Auf dieses Schreiben hat Reichstagspräsident Löbe heute folgendes erwidert:

„Die in den Artikeln 36 bis 38 der Verfassung den deutschen Abgeordneten gewährte Immunität bezieht sich auf jeden in freier Wahl von deutschen Wählern gesetzmäßig gewählten Abgeordneten ohne Unterschied der Parteistellung. Nach dem Wortlaut Ihrer Anfrage scheint es mir allerdings, als ob Sie diese Paragraphen der deutschen Verfassung noch niemals zu Gesicht bekommen haben, sonst müßte es Ihnen bekannt sein, daß ein Mitglied des Reichstages wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung nur dann nicht zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden kann, wenn der Reichstag selbst das ausdrücklich beschließt (Art. 37.) Die absolute Abgeordnetenimmunität nach Art. 36 bezieht sich nur auf Aeußerungen und Abstimmungen bei Ausübung des Abgeordnetenmandats im Reichstage selbst. Solche können bei Ihnen vorläufig nicht in Frage kommen. Es kann sich nur um die oben zitierten Handlungen auf Grund des Art. 37 handeln, die vorher oder außerhalb der Sitzungsperiode des Reichstags geschehen sind. Und da erlaube ich mir, Sie darauf hinzuweisen, daß der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags neuerdings die Praxis übt, bei Hochverratsverbrechen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Die hieaus für Sie sich ergebenden Schlüsse können Sie demnach wohl selbst ziehen."

Radikalisierung der Wähler.

Die Gemeindewahlen in Sachsen.

Im Freistaate Sachsen haben gestern die Gemeindewahlen stattgefunden. Soweit endgültige Ergebnisse bis jetzt vorliegen, lassen sie deutlich erkennen, daß Wähler in sehr großer Zahl nach der äußersten Rechten und nach der äußersten Linken abgewandert sind, von den gemäßigten bürgerlichen Parteien zu den Deutschnationalen, in noch höherem Grade zu den Deutschvölkischen, von den Sozialdemokraten, in geringerer Zahl zu den Unabhängigen, in weit höherer zu den Kommunisten. Deutschvölkische und Kommunisten sind die Gewinnträger bei diesen Wahlen, die Schlußfolgerungen auf den Ausfall der nicht mehr fernen Reichstagswahlen zulassen. Freilich sind die Wahlergebnisse in Sachsen auch von dem Gesichtspunkte aus zu werten, daß dieser Freistaat während der letzten Monate Schauplatz besonders heftiger politischer Kämpfe gewesen ist, daß dort die Parteigegensätze seither in schärferer Form ausgetragen worden sind, als in anderen deutschen Ländern. Sicherlich sind die Stimmungen in Sachsen wesentlich beeinflußt worden durch alle Vorgänge, die sich seit dem Regime Zeigner dort ereignet haben: durch den Einmarsch der Reichswehrtruppen in Sachsen und die sehr scharfe Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß ohne Ausnahmezustand wenigstens die Kommunisten weniger gut abgeschnitten hätten, als es am Sonntag tatsächlich der Fall war.

Bürgerliche Mehrheiten in den Städten.

ahz **Leipzig,** 14. Januar.

Die Leipziger und Dresdener Wahlergebnisse weisen starke bürgerliche Mehrheiten auf. Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten haben in Leipzig 167 428 Stimmen, die bürgerlichen Parteien dagegen 181 536 Stimmen auf sich vereinigen können. Die Demokraten haben in Leipzig gegenüber den letzten Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1921 einen Stimmenzuwachs verzeichnen können. Die endgültigen Resultate sind folgende: Wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste: 115 481 Stimmen, deutsche sozialistische Partei 3123, Unabhängige sozialdemokratische Partei 7953, Völkisch soziale Liste 31 336, V. S. P. D. 90 723, Deutschdemokratische Partei 31 596, kommunistische Liste 68 752.

In Dresden haben die bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschsozialen 161 796 Stimmen auf sich vereinigen können gegen 122 401 der V. S. P. D. und Kommunisten. Die endgültigen Ergebnisse sind folgende: Hausbesitzer 10 280, Handwerk, Handel und Gewerbe 29 037, Deutschnationale 37 615, Beamte 5270, Deutsche Volkspartei und Zentrum gemeinschaftliche Liste 43 401, Demokraten 26 530, Deutschsoziale 19 623, V. S. P. D. 81 607, Kommunisten 38 970, U. S. P. D. 1824.

In Chemnitz, der bisherigen Hochburg der sächsischen Sozialdemokratie, haben die bürgerlichen Parteien gegenüber dem letzten Wahlgang zwei Sitze erobern können, so daß jetzt 30 bürgerliche gegen 31 der Sozialdemokraten und Kommunisten stehen. Innerhalb der sozialistischen Parteien hat sich das Verhältnis wesentlich verschoben. Die Sozialdemokraten haben fünf Sitze gegen die letzten Wahlen verloren. Sie werden nur noch 16 von 61 Sitzen besetzen.

In Zwickau haben die bürgerlichen Parteien 21 388 und die Sozialisten nur 17 675 Stimmen auf sich vereinigen können.

Die Zuständigkeit der Strafkammern.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember 1923, die für eine große Reihe von Straftaten, u. a. Mord und Totschlag, die Zuständigkeit der Strafkammern (an Stelle der Schwurgerichte) und ein vereinfachtes, d. h. notwendiger Rechtsgarantien entbehrendes Verfahren vorschrieb, wird zum 1. Februar außer Kraft gesetzt werden. Die höchst bedenkliche Verordnung wird somit ein im ganzen unschädliches Zwischenspiel bleiben.

Ernst Schweninger †

Bismarcks Arzt und Vertrauter.

Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Ernst Schweninger, Bismarcks Leibarzt, ist, wie unser Vertreter aus München meldet, gestern nacht im 74. Lebensjahre in München in seinem Hause auf Prinz-Ludwigs-Höhe gestorben.

In stiller Zurückgezogenheit ist gestern nacht in einem Hause auf Prinz-Ludwigshöhe in München Prof. Dr. Ernst Schweninger, der einst vielgenannte, vielgelobte und vielbefehdete, im 74. Lebensjahr gestorben. Schweninger war am 15. Juni 1850 zu Freistadt in der Pfalz als Sproß einer Aerztefamilie geboren und hatte von seinem Vater, der ebenfalls Arzt war, nicht nur die Liebe zum Beruf, sondern auch das ärztlich künstlerische Blut geerbt.

Schweninger hatte zuletzt den üblichen Studiengang durchgemacht, und schon vor seiner 1873 erfolgten Approbation war er Assistent des pathologischen Anatomen Buhl in München. In seine Assistentenzeit fällt eine Studienreise nach Wien, wo er Gelegenheit hatte, zahlreiche Pocken- und Cholerakranke zu sehen. In dem Darm von Choleraleichen hat er damals einen Pilz gefunden, aber als er davon Buhl schrieb, riet dieser ihm ab, davon viel Aufhebens zu machen.

Schweninger berichtete aber nachmals, es sei derselbe Pilz gewesen, den später Robert Koch als Kommabazillus entdeckt hat. 1875 wurde er in seinem damaligen Sondergebiet Privatdozent, er hatte alle Aussicht auf eine erfolgreiche akademische Laufbahn, als er in eine Skandalgeschichte verwickelt wurde und aus dem Lehrkörper der Universität ausscheiden mußte. So wurde er praktischer Arzt, ein Arzt mit Kenntnissen und mit eigenem Willen. Seine Auffassung von dem Wesen der Krankheit unterscheidet sich frühzeitig von der damals herrschenden Lehrmeinung; von der Wirkung von Medikamenten hielt er nicht gar zu viel, er wandte sich vornehmlich arzneilosen Heilmethoden zu, wie sie außerhalb der medizinischen Wissenschaft gemeinhin als Naturheilmethoden behandelt werden. Infolgedessen wurde er auch, je mehr in der Folge sein Name bekannt wurde und seine Persönlichkeit Geltung bekam, ein Apostel der Naturheilkunde. Zu den arzneilosen Behandlungsmethoden gehörte auch die mit besonderen Diätformen verbundene sogen. Terrainkur des Münchener Klinikers Oertel, die von Schweninger ausgebaut und in der Folge unter dem Namen Schweninger-Kur volkstümlich wurde.

Als des Fürsten Bismarck zweiter Sohn Wilhelm in seiner erheblichen Fettleibigkeit gichterkrankt war, wurde ihm von dem späteren bayerischen Ministerpräsidenten v. Podewils Schweninger als Arzt empfohlen. Die Behandlung war so erfolgreich, daß Graf Wilhelm nun seinerseits Schweninger seinem Vater zuführte. Es ist bekannt, daß Fürst Bismarck von jeher ein schwer zu behandelnder Patient gewesen ist. Dies ist ja auch nicht weiter verwunderlich, denn wenn es sich um Krankheiten handelt, bei denen es nicht auf geschickte Operationen oder Verbände, sondern darauf ankommt, daß der Kranke alte Lebensgewohnheiten ablegen und sich in seiner Lebensweise den Anordnungen des Arztes fügen soll, muß ein gewisses psychologisches Uebergewicht des Arztes gegenüber dem Kranken bestehen. Von der ersten Konsultation Schweningers bei Bismarck erzählte man, daß Schweninger den Fürsten solange ausgefragt habe, bis dieser unwillig äußerte: „Bitte, behandeln Sie mich, aber fragen Sie nicht so viel." Worauf Schweninger erwidert haben soll: „Wenn Euer Durchlaucht nicht gefragt sein wollen, dann holen Sie sich bitte einen Tierarzt. Auf diese Weise habe er den Widerstrebenden zunächst bezwungen. Schweninger hat später diese Anekdote für erfunden erklärt. Aber unbestritten ist die Aeußerung Bismarcks geblieben: Schweninger sei der erste Arzt, der ihn behandle, die früheren habe er behandelt.

Die Behandlung Bismarcks hat unzweifelhaften Erfolg, und es ist nicht zu verwundern, daß der Reichskanzler bestrebt war, sich seinem Arzt dankbar zu erweisen. Darum erfüllte er ihm den alten Wunsch der Rückkehr zur akademischen Laufbahn. Das war im Jahre 1884, und die Berliner Universität geriet damals ungefähr in dieselbe Erregung, wie jetzt die Universität Jena, da ihr das thüringische Ministerium unerwünschte Professoren aufzuzwingen versucht.

Es ist auch dem damaligen Kultusminister von Goßler nicht leicht geworden, für Schweninger einen Lehrstuhl zu schaffen, aber er mußte sich Bismarck fügen. Bis zum Jahre 1902 leitete Schweninger eine Hauptabteilung in der Berliner Charité, aber, obwohl er nun Gelegenheit hatte, durch seine Ideen auf die medizinische Jugend einzuwirken, ist er ohne eigentliche Schule geblieben. Als der Kreis Teltow in Lichterfelde ein Krankenhaus errichtet hatte, zog der damalige Landrat Stubenrauch, dessen Persönlichkeit ja auch durch eine großzügige Eigenwilligkeit ausgezeichnet war, zwei Leute heran, die innerhalb ihres Berufes jeder eine Sonderstellung einnahmen, für die innere Abteilung Schweninger, für die chirurgische Carl Ludwig Schleich. Das Experiment glückte aber nicht. Schleich war viel zu viel Chirurg, als daß er auf die Dauer mit dem messerfeindlichen Schweninger hätte auskommen können, und nahm nach nicht langer Zeit seinen Abschied. Auch später kam es zu mancherlei Konflikten, so daß Schweninger 1906 seinen Abschied nahm.

Größere medizinische Werke hat er nicht hinterlassen, aber bemerkenswert ist sein Buch „Der Arzt", in dem er seine Gedanken über Krankheitsbehandlung niedergelegt hat. In manchen Beziehungen decken sich diese mit denen des großen Klinikers Ernst von Leyden, in manchen gingen sie ihrer Zeit voraus, und das erklärt auch wohl, daß Schweninger von Uebertreibungen und Abwegigkeiten nicht freigeblieben ist und er dadurch in der Zeit seines Hauptwirkens eine größere Gegnerschaft fand, als sie ihm vielleicht heute beschieden gewesen wäre.

R. L.

„Die Geschichte vom Soldaten."

Strawinsky in der Volksbühne.

Ueber die Aufführung dieser „Geschichte vom Soldaten", die uns gestern vormittag die Volksbühne bescherte, zu sprechen, ist eine vertrackte Sache. Es gibt hier dreierlei, worauf es ankommt: erstens eine Dichtung, zweitens eine Musik dazu, und drittens die — Dichtung und Musik ausbauende, ergänzende, vollendende — Inszenierung, die szenisch-mimisch-sprachlich-tänzerische Inszenierung.

Die Dichtung formt alte Legendenmotive vom Soldaten, der sich dem Teufel verkauft, ihn überlistet, alles Glück der Erde gewinnt und schließlich dem Teufel doch verfällt; sie formt sie zu einer traurig-grotesken, Aeltestes und Neuestes, Dorflyrik und Valutaspekulation zu einem bittersüßen Gebräu rührenden Moritat.

Auf dem Jahrmarkt neben der kleinen Bühne sitzt hemdsärmelig der Vorleser und erzählt die schreckliche Geschichte: sie wird fürs Auge auf der Bühne in lebenden Bildern, mimischen Szenen und Dialogen, fürs Ohr von der kleinen Kapelle illustriert, die auf der andern Seite neben der Bühne sitzt. Jahrmarktsgeschrei in all seiner formlosen Vieltönigkeit will die Dichtung, Jahrmarktslärm in all seiner grellen Mißtönigkeit will die Musik sein. Die Dichtung breitet sich von der tränenstillen Erinnerung an das Mütterlein des Soldaten bis zu einer wüsten Trunkenheitsszene aus, und die Spannweite der Musik reicht vom weichsten russischen Volkston bis zu dem höhnisch verzerrten Choral. der das Liebesglück des Soldaten und seiner Prinzessin verhimmelt. Igor Strawinskys Musik tritt am stärksten an den groteskesten Stellen hervor, an den lyrischen hält sie sich diskret zurück, wird homophon oder schweigt ganz. Die musikalische Jämmerlichkeit einer Jahrmarktskapelle wird zum grundsätzlichen Ausdrucksmittel; und das Ergebnis ist ein oft göttlicher Ulk. Hermann Scherchen, der als Dirigent der Jahrmarktsbande auf der Bühne saß, blieb musikalisch dem Komponisten gewiß nichts schuldig.

Aber der szenische Teil der Aufführung (für den Scherchen sonderbarerweise auf dem Zettel ebenfalls verantwortlich zeichnete)! — Die Dichtung stammt von Charles Ferdinand Ramuz, einem großen Westschweizer Erzähler (den man bei uns leider kaum kennt); er schreibt in französischer Sprache, aber er ist vom Stamm der großen schweizerischen Menschen des Worts; dem Conrad Ferdinand scheint Karl Ferdinand näher verwandt als dem Gottfried, aber auch sein Vorfahr ist Jeremias. Seine „Geschichte vom Soldaten" ist durch Hans Reinhart in Knittelversen „frei nachgedichtet"; ihre dichterischen Qualitäten lassen sich also nach der Aufführung nicht beurteilen. Wer andere Dichtungen Ramuz' kennt, spürt schon in den Versen, obwohl sie anscheinend Klang und Haltung haben, die Verdünnung. Aufgehoben wurde ihr Sinn durch die Aufführung.

Wiederaufbau der Ruhrwirtschaft.

Jahresbericht der Handelskammer Essen.

Der Bericht der Essener Handelskammer für das Jahr 1923 unterzieht sich der traurigen Aufgabe, die wirtschaftlichen Schädigungen des Ruhrkrieges festzustellen, ohne daß die finanziellen Wirkungen der Besetzung genau eingeschätzt werden können. Die Lahmlegung der Industrie des Ruhrgebiets, die als Kohle und Eisen erzeugende nicht nur die Grundlage für die gesamte ausgedehnte weiterverarbeitende Industrie, sondern auch besonders die Grundlage für die Exportindustrie bildete und selbst als Exportindustrie tätig war, bewirkte, daß sie nicht in der Lage war, zur Abtragung der Schulden des Reiches und zur Erzielung volkswirtschaftlicher Ueberschüsse beizutragen. Die privatwirtschaftlichen Schädigungen in Handel und Industrie sind ebenfalls nicht zu errechnen.

Diesen schweren Belastungen hätte eine starke und gesunde von Ideologie freie Wirtschaftspolitik entgegengesetzt werden müssen. Die Essener Handelskammer nimmt in einer scharfen und auf alle wichtigen Einzelheiten eingehenden Kritik gegen die planlose Wirtschaftspolitik des Reiches Stellung. Sie geht im wesentlichen auf eine Verurteilung der Finanzierung des Ruhrkrieges mit der Notenpresse hinaus. Im Zusammenhang damit wird die Devisenpolitik des vergangenen Jahres einer ablehnenden Beurteilung unterzogen. Erst als mit dem Ende des Jahres infolge der unendlichen Entwertung die Mark vom kaufmännischen Verkehr ausgeschlossen war, trat ein Umschwung der wirtschaftlichen Entwicklung und auch zum Teil der Wirtschaftspolitik ein, der die atemlos gehetzte Wirtschaft wenigstens zunächst wieder zur Besinnung kommen ließ.

Es kam die Erkenntnis, daß das ganze System der Wirtschafts- und Finanzpolitik in allen seinen Zweigen einer grundlegenden Aenderung bedurfte, die eine Gesundung der privaten Wirtschaftsführung zuließ. Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Umstellung der privaten Wirtschaftsführung war, daß eine grundlegende Währungsreform in die Wege geleitet wurde. Die bisher auf diesem Gebiete geleisteten Vorarbeiten werden anerkannt, und die Hoffnung daran geknüpft, daß sie eine systematische Einziehung des Papiergeldes und einen neuen Aufbau der alten Markwährung gestatten werden.

Der Handelskammerbericht führt zum Schluß seiner einleitenden Betrachtung aus: „Der Verfall der deutschen Wirtschaft, der im verflossenen Jahr ungeheuerliche Formen angenommen hat, ist nicht aufzuhalten, ehe nicht günstigere innen- und besonders außenpolitische Voraussetzungen gegeben werden. Die Besserung der Wirtschaftslage, die sich Ende des Jahres zeigte, die geringen Früchte, die die Anstrengungen des Staates bereits trugen, weisen uns wenigstens die Wege, die wir selbst zur Gesundung der Wirtschaft beschreiten müssen. Es gibt auf dem bisher beschrittenen Wege keine Reform, keine sanfte Umstellung, keine zarten Palliativmittel mehr. Es gibt nur noch eine radikale Umstellung, eine Revolution unserer Wirtschaftsführung, entgegengesetzt all den Prinzipien und Maßnahmen, mit denen eine unzulängliche Wirtschaftspolitik auszukommen glaubte. Die Wiedererweckung des produktiven Sinnes in allen Wirtschaftskreisen ist die einzige Lösung. Je hoffnungsloser das Weiterschreiten auf dem bisherigen Wege ist, um so leichter wird diese Umstellung allen Schichten fallen: der Wirtschaft, dem Staat, den breiten Massen. Der Plan ist Wirtschaftsfreiheit, das Ziel heißt Produktivität.“

Polens Generalkommissar in Danzig.

Die Ernennung des früheren Unterstaatssekretärs im Außenministerium Heinrich Straßburger an Stelle des zurückgetretenen Plucinski zum polnischen Generalkommissar in Danzig steht unmittelbar bevor. Straßburger wurde bekanntlich von dem nationalistischen Außenminister Dmowski zum Rücktritt gezwungen.

Die englische Pfalzuntersuchung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

whe **London**, 14. Januar.

Die englische Enquete in der Pfalz hat eine gewisse Spannung zwischen London und Paris hervorgerufen, die gestern zu einer längeren Aussprache des englischen Botschafters mit Poincaré gegeben hat. Von englischer Seite ist darauf bestanden worden, daß der englische Generalkonsul in München seine Untersuchung in der Pfalz ohne Begleitung oder Aufsicht von französischen Beamten oder Offizieren durchführt. Der englische Generalkonsul, der gestern München verlassen hat, um sich nach Heidelberg zu begeben, hat ausdrücklich die Begleitung französischer Offiziere und Beamten abgelehnt. Der englische Beamte wird zunächst in Heidelberg die Aussagen der ausgewiesenen deutschen Beamten entgegennehmen. Dann wird er sich nach der Pfalz begeben und schließlich das Ergebnis seiner Untersuchung mit dem englischen Vertreter in der Rheinlandkommission, Lord Kilmarnock in Koblenz, besprechen.

Die englische Enquête in der Pfalz ist gestern von Tirard dahin beantwortet worden, daß er von zwei französischen Offizieren in der britischen Zone eine Untersuchung anstellen lassen werde über die in Köln tätigen deutschen Geheimorganisationen, die eine Gefährdung der interalliierten Besatzungstruppen darstellten. Von englischer Seite wird die Ankündigung mit einer halbamtlichen Feststellung beantwortet, wonach bereits dreißig französische und belgische Beamte in Köln tätig seien, die leicht in der Lage wären, auf Grund der intensiven Arbeit der französischen Spione in der britischen Zone über die Frage jederzeit zu berichten; wenn jetzt von französischer Seite behauptet werde, daß dieser Schritt notwendig sei, um die untergrabene Autorität der Rheinlandkommission wieder herzustellen, so sei darauf zu erwidern, daß England ursprünglich Lord Kilmarnock beauftragt habe, einen der englischen Beamten der Rheinlandkommission in die Pfalz zu entsenden. Tirard habe dann aber die Reise dieses Beamten verhindert.

wi **Paris**, 14. Januar.

Das „Echo de Paris“ teilt in einer anscheinend von amtlicher Stelle beeinflußten Notiz mit, daß nicht ein französischer Offizier, sondern ein Zivilbeamter den englischen Generalkonsul in München Clive bei seiner Untersuchung in der Pfalz „begleiten“ werde. Eine derartige Aenderung, so schreibt das „Echo de Paris“, bedeute nicht, daß die französische Regierung sich dem Prinzip einer unabhängigen Untersuchung, wie sie die englische Regierung gewünscht hat, anschließe. Die französische Regierung sei weiterhin der Ansicht, daß, wenn eine Untersuchung stattfinden solle, die „Rheinlandkommission“ allein berechtigt sei, diese vorzunehmen. Aber die französische Regierung hat unter Beibehaltung der notwendigen Geste des Protestes es für nützlich gehalten, sie im Geiste der Versöhnung etwas zu mildern. Der „Matin“ seinerseits behauptet weiterhin, ein französischer Offizier werde Herrn Clive bei seiner Untersuchung „begleiten“.

Die Leichenfeier von Speyer.

w **Speyer**, 13. Januar.

Bei der Trauerfeier für den Separatistenführer Heinz-Orbis hielt General de Metz eine Ansprache in französischer Sprache, in der er betonte, daß der Erschossene ein Freund Frankreichs gewesen sei und „für eine gerechte Sache“ gestorben sei. Er sei der Kugel eines „gekauften Nationalisten“ zum Opfer gefallen. Hierauf legte er einen Kranz an der Bahre nieder. Dann sprachen die Separatistenvertreter der verschiedenen Bezirksämter der Pfalz. Dem Leichenzug folgten etwa 150 bis 200 Anhänger der Separatisten.

Reichsgründungsfeier ...

Gestern vormittag fand in der neuen Aula der Universität eine von dem Verein Deutscher Studenten veranstaltete Reichsgründungsfeier statt. Als Ehrengäste waren erschienen der Chef der deutschen Heeresleitung General von Seeckt und die Generale v. Horn und Behrend mit ihren Offizieren. Die Aula war gedrängt voll, als pünktlich um halb zwölf Uhr der Trompeterchor mit dem „Preußenlied“ einsetzte. Als die letzten Klänge verklungen, ergriff der 1. Vorsitzende des Vereins, F. Plato, der in vollem Wichs mit gezogenem Schläger hinter dem Rednerpult stand, das Wort zur Begrüßung.

Er betonte, daß dieses Jahr zum erstenmal seit 1914 der V. D. St. die alte Sitte wieder aufgenommen habe, zu ihrer Reichsgründungsfeier die Spitzen der Berliner Garnison einzuladen, und dankte den Generalen für ihr Erscheinen. Dann wies er auf das Preußenlied hin, das die Versammlung eben vernommen, und rief das Bild des preußischen Aars hervor, wie er in die Lüfte steigend, mit ungekröntem Kopf an die Wolken stößt, wo dann die Königskrone sich auf ihn herabläßt, und wie er dann höher und höher steigend, die Kaiserkrone erreicht, die über seinem Haupt schwebend bleibt.

Hierauf erhielt der Rektor der Universität Berlin, Geheimrat Dr. Roethe, das Wort. Sein Thema hieß: Preußen-Deutschland. Auch er begann mit dem Preußenlied, gedachte Königsbergs und Versailles. Bedauerte, das in dem in Versailles gegründeten Reich der Geist Preußens immer mehr sich verflüchtigt habe, erzählte vom Alten Fritz und von den „Richtern in Berlin“, die „keine Beisitzer aus politischen Parteien gehabt hätten“, wie denn überhaupt früher nur das Recht und die Tüchtigkeit in Preußen, in dem sonst jeder nach seiner Fasson selig werden konnte, geherrscht habe. Dann wandte er sich gegen den Vorwurf des Militarismus, pries altpreußische Zucht, die Friedrich Wilhelm dazu getrieben, wie einst Abraham seinen Sohn opfern zu wollen, was ihm aber erspart geblieben sei, da auch er einen Widder gefunden.

Dann kam der Redner wieder zurück auf die gute alte preußische Zucht, die ein Erbstück des Deutschen Rittenordens sei und betont, daß nur diese preußische Zucht und dieser preußische, dieser protestantische Geist, der Deutschland schon einmal geschaffen, Deutschland auch wieder aufrichten könne. Und daher begrüßte er es, daß der Wahn von der Wiedergeburt aus dem Süden zerronnen sei, bei dessen Vorstellung jedem guten Preußen weh ums Herz gewesen sei. Er sprach von blanker Ehr' und schimmernder Wehr, die uns verloren gegangen, von der Notwendigkeit, dem Deutschen Eisen zu verschreiben und von Kaiser und Reich. Brausender Beifall, der seine Rede schon bei jedem Schlagwort und bei jeder Spitze gegen das heutige Deutschland unterbrochen hatte, erscholl am Ende seiner Ausführungen. Stehend sang dann, wer die Worte kannte und ein Preuße war, das Preußenlied.

Dann kam der zweite Festredner, Pastor Voelkel, von Karlshorst. Der Staat bedinge Herrschaft. Aber der Gegensatz zur Herrschaft sei nicht „Ausbeutung“, sondern „Dienst“. Dienst aller für alle. Nichts entehrendes hat dieser Dienst, wenn er so aufgefaßt wird, und so faßt ihn die Jugend auf und der Staat der Zukunft wird der Staat der Jugend sein, der deutsche Staat der deutschen Jugend. Bisher hatte sich während der eindrucksvollen Worte des jungen Redners keine der Hände bewegt, die dem bejahrten Rektor zu fleißig zuklatschten. Da sprach der Redner von dem Sehnen der Jugend nach Führerschaft, nach einem Königtum, und da brach der Beifall los. Und als er davon sprach, daß dieses Symbol höchster, sakrosankter Führerschaft nicht stürbe, daß es eben heiße: „Der König ist tot, es lebe der König“ erntete er abermaliges Beifallklatschen.

Nachdem die Versammlung noch das Diederländische Dankgebet gesungen, lud der Erste Vorsitzende alle Anwesenden zu dem Festkommers am 18. Januar ein.

Dixmuiden und Militärkontrolle.

In der Sonntagsnummer der „Deutschen Tageszeitung“ befaßt sich Herr v. Heimburg mit den angeblichen Mißgriffen der Außenpolitik Dr. Stresemanns. Es passieren ihr dabei verschiedene Mißgriffe, die festzustellen nicht unangebracht scheint. So, wenn dem Außenminister das Beileidstelegramm zum Vorwurf gemacht wird, das auf Wunsch des Geschäftsträgers v. Hoesch der französischen Regierung anläßlich der „Dixmuiden“-Katastrophe zugesandt wurde. Denn erstens haben alle Staaten, und zwar die übrigen fast durchweg durch die Person ihres Staatsoberhauptes, in Paris ihr Beileid aussprechen lassen, wie das bei derartigen größeren Katastrophen üblich ist, zweitens hatte die französische Regierung auch unter einer ganz anders gearteten politischen Konstellation bei der Oppauer Katastrophe offiziell und durch ihre diplomatischen und militräischen Vertreter dem Reichspräsidenten das Beileid augedrückt, und drittens — war Dr. Stresemann zu diesem Zeitpunkt in Lugano, und es ist kaum anzunehmen, daß die Instruktionen bezüglich dieses Höflichkeitsaktes von dem im Urlaub befindlichen Minister persönlich von der Schweiz aus erteilt worden sind!

Der zweite Punkt der Kritik richtet sich gegen das Verhalten des Außenministeriums in der Frage der Militärkontrolle. Man kann nicht eben behaupten, daß das Auswärtige Amt die Wiederaufnahme dieser Kontrolle stillschweigend und ohne die nötigen nachdrücklichen Proteste hingenommen habe. Es ist vielmehr sehr eindringlich auf die Gefahr hingewiesen worden, die eine Kontrolle von Fabriken in Gestalt von Arbeiterdemonstrationen provozieren könnte, wenn sie nach dem früheren Beispiel von, womöglich uniformierten, Ententeoffizieren vorgeommen würde. Die Wiederaufnahme ist denn auch nicht in dieser Form erfolgt, es sind keine Fabriken mehr, sondern nur höhere militärische Stäbe besucht worden, und zwar auch diese in Zivil, und die dazu erforderlichen Befehle sind vom Reichswehrministerium ergangen. Das Auswärtige Amt seinerseits hat aber auch hiergegen in der gestern veröffentlichten Note vom 9. Januar mit der durchaus zutreffenden Begründung Protest eingelegt, daß die vertraglichen Voraussetzungen für solche Besuche nicht mehr bestehen.

Wo der Verfasser des erwähnten Artikels, der die bezeichnende Ueberschrift „Rückfälle“ trägt, also im einzelnen einsetzt, wendet er sich entweder an die falsche Adresse oder rennt offene Türen ein!

Die Berufung.

Ueber die von den Verurteilten im Düsseldorfer Schupoprozeß eingelegte Berufung wird, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, am 17. Januar vor dem Berufungsgericht in Mainz verhandelt werden.

Der Vorleser war Karl Ebert vom Staats-Theater. Aber er schien nicht Ramuz, sondern Scheffel vorzulesen, Joseph Viktor von Scheffel (als wäre die Musik nicht von Strawinsky, sondern von Neßler). Er las nicht eine groteske Legende, er las ein Edelmärchen, er las poetische Literatur. Er war nicht ein Jahrmarktschreier, er war ein Schöngeist (ohne Ironie und tiefere Bedeutung). Er las mit der Ergriffenheit des gebildeten Kenners, schlimmer: mit der naturalistischen Nuancierungskunst des modernen Schauspielers. Er las ohne sprecherische Beziehung zur Musik und enthüllte diesen Mangel immer von neuem: wenn die Musik in seine Erzählung einfiel, um sie eine Weile zu begleiten, las er plötzlich in taktierenden Stößen. So „rezitierte“ er in zwei Stilen, statt seine Erzählung auf einer großen, holzschnitthaft-grotesken Rhythmik aufzubauen — was man nicht aus Stilgründen, sondern aus Gründen des Charakters und der Wirkung der Dichtung fordert.

Mit seinem sprecherischen Versagen deckte sich das darstellerische Versagen auf der Bühne. Man spielte Bühne eines Bildungsvereins statt Jahrmarktsbühne. Man spielte gedämpft-naturalistisch. An Stelle einer grotesk-verzerrenden Gesamtbewegung brachte man Verschärfungen, Drücker, komische oder sentimentale Augenblickseffekte. Der Soldat (Heinrich Witte) war Eichendorff, der Teufel (Ernst Legal) gelegentlich von Wedekind, die Prinzessin (Toni Freeden) aus dem Maskenalbum, die Dekorationen Rudolf Bellings ein Gemisch aus diesen Elementen mit etwas jüngstrussischem Einschlag. Auch sprecherisch waren die beiden Schauspieler musikfern. Nüchterninhaltliche Betonung hielt die Verse zusammen, statt rhythmischer Bindung. Toni Freeden aber suchte den Ausdrucksgehalt der Strawinskyschen Tänze — es sind boshafterweise moderne Großstadtrhythmen, Tango und Ragtime, in denen sich die Prinzessin in Gesundheit und Liebesglück hineintanzt — durch etwas harte, aber ganz ausdrucksleere Ballettgrazie zu gehalten. (Legal in seinem Tiertanz war ihr weit überlegen.)

Es bleibt festzustellen: die Aufführung eines solchen Werks durch die Volksbühne unter Scherchens Leitung ist ein unendlich rühmliches Unternehmen. Aber warum richtet man sie so her, als könne das heutige Theater eine solche Aufgabe nur mit konventionellen Mitteln lösen? Hat einer von den verantwortlichen Herren Rudolf v. Labans und Mary Wigmans Grotesken gesehen? Ist keiner von ihnen auf den Gedanken gekommen, die Einübung des Werks dem jungen Ballettmeister der Staatsoper, Max Terpis, anzuvertrauen, der ein Schüler Mary Wigmans ist? Jedenfalls hätte Scherchen neben sich einen gleichrangigen Inszenierungsmeister nicht bloß dulden, sondern fordern müssen. Dann hätte sich eine Aufführung ergeben können, die den Eindruck der Musik nicht abschwächt, sondern steigert. Artur Michel.

*

Die Geschichte vom Soldaten ist versorgt mit einer Musik von Kontrabaß, Klarinette, Fagott, Biston, Posaune, Schlagzeug — gibt Lauf überall, wo er die Wirkung der Dichtung vertiefen zu können glaubt. Es ist nicht zu leugnen, daß er sie vertieft, daß es ihm gelingt, das Phantastische phantastischer, das Gespenstische gespenstischer erscheinen zu lassen. Es ist keine gewöhnliche Musik, die Strawinsky schreibt, und es ist nicht die Musik eines Beliebigen, dem es einfällt, abwegig zu sein. Das Abwegige ist sicherlich der ideale Lebenszweck dieses umstrittenen Meisters, aber man würde fehlgehen, wenn man annähme, er sei lediglich ein spekulativer Kopf, dem es auf die Sensation ankommt. Er hat vielmehr schon seine Visionen, die aus den Urgründen einer irritierten und nach dem Unerhörten süchtigen Psyche aufsteigen. So kommt es, daß wir irgendwie Gekonntes, irgendwie bis zu letzten Konsequenzen Durchgeführtes und deshalb Respektheischendes auch in dieser Musik verspüren. Die Auswahl der Instrumente — Violine, Contrabaß, Klarinette, Fagott, Piston, Posaune, Schlagzeug — gibt schon eine Anschauung von den extravaganten Klangbildern, die Strawinsky anstrebt. Stellenweise glaubt man die Exerzitien einer dörflichen Tanzkapelle oder der Kapelle eines Wanderzirkus zu vernehmen. Kakophonien häufen sich bis zur Lächerlichkeit, und von Zeit zu Zeit denkt der Hörer an das, was man mit dem Begriffe „Bierulk“ zu belegen pflegt. Aber der Ernst setzt sich immer wieder durch und zwingt zur Nachdenklichkeit. Das kleine, aus Mitgliedern des Opernhaus- und Museumsorchesters in Frankfurt am Main zusammengesetzte Kammerorchester machte seine Sache unter Hermann Scherchen ausgezeichnet. M. M.

Der Aufsatz. Man erzählt uns: Ein bekannter Pädagoge las einst aus dem Aufsatz einer Schülerin, die an der russischen Grenze zu Hause war, vor:

„Da wurde der König wütend, stürmte hinaus und fuhr ins Heilige Land und blieb 7 Jahre dort. Die Königin aber, was seine Frau war, blieb ganz ruhig daheim, blieb ihm treu und schenkte ihm jedes Jahr einen neuen Prinzen. —ow.

Vortragsabende. Morgen abend beginnen im Rahmen der Lessing-Hochschule (Wormser Str. 11) zwei Vortragsreihen von Dr. James Simon: „Wege zur Musik“ und „Von Tschaikowsky bis Strawinsky“. (Gesangliche Mitwirkung Maryla v. Wolley.)

Biosophie (nicht Theosophie) ist das Thema einer Reihe von drei Vorträgen, die William Wauer in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Str. 124a, hält. Der erste Vortrag findet am 16. Januar statt.

Musik. Erstaufführungen (Vyopalek, Jarnach) kommen in dem Klavierabend von Eduard Erdmann am 18. Januar in der Singakademie zu Gehör.

Die Pianistin Johanna Heymann spielt am 16. Januar im volkstümlichen Konzert des Philharmonischen Orchesters unter Richard Hagel Chopins E-Moll-Konzert.

Heinrich Grünfeld schreibt uns: Es sind mir anläßlich des Ablebens meines Bruder Alfred so viele Beweise von Freundschaft und Anteilnahme geworden, daß ich nur auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank aussprechen kann.

Doch ein Staatskommissar für Berlin?

Umfall der Deutschnationalen.

Die Fraktionen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind durch folgendes Schreiben der Deutschnationalen überrascht worden:

„Wir teilen Ihnen mit, daß es nach wie vor der Wunsch der Deutschnationalen Fraktion ist, an die Spitze der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Mitglied der bürgerlichen Fraktionen zu stellen und, falls bei Erreichung dieses Zieles die Sozialdemokraten sich von der Vorstandsbildung ausschließen sollten, wiederum ein bürgerliches Büro zu bilden. Dieses Bestreben erscheint, wie die Vorgänge in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beweisen, auch weiterhin gerechtfertigt und geboten. Es wird angezeigt sein, diese Angelegenheit mündlich zu erörtern."

Dieses Sreiben bedeutet auf den ersten Blick einen glatten Umfall der Rechtspartei: Nachdem die deutschnationale Fraktion die Wahl eines bürgerlichen Stadtverordnetenvorstehers in der Sitzung am vergangenen Donnerstag verhindert und mit dem Brustton der Ueberzeugung erklärt hat: „Wir können es mit unserer Ehre nicht vereinbaren, an den Vorstandswahlen teilzunehmen, wenn nicht einem Mitgliede unserer Fraktion das Amt des Leiters der Versammlung zugesprochen wird," geht es jetzt plötzlich doch. Die Empfindlichkeit ist gegen die Vorwoche geringer geworden, und, sofern die neue deutschnationale Kandidatur sich als vergebliche Liebesmüh herausstellen sollte, ist man bereit, auch einen anderen Mann der bürgerlichen Parteien zu wählen. Die Deutsche Volkspartei würde auf den Vorsteherposten erneut Anspruch erheben, wenn es auch nicht sicher ist, daß Dr. Caspari wiederum ihr Mann sein wird.

Wenn man sich die Sache aber etwas näher ansieht, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß für den Umfall der Deutschnationalen andere Gründe in Betracht kommen. Alle Parteien rechnen damit, daß auch in Berlin im kommenden Mai Neuwahlen für die Stadtverordnetenversammlung stattfinden werden. Auch die Deutschnationalen würden es ertragen, wenn bis dahin ein Sozialdemokrat die Geschäfte der Versammlung leitet. **Der eigentliche Grund für ihren Umfall kann nur darin liegen, daß die Deutschnationalen den Wirrwarr in der Stadtverordnetenversammlung noch vergrößern wollen.**

In den letzten Tagen schwirren nämlich im Rathause nicht ganz unberechtigte Gerüchte herum über die Einsetzung eines Staatskommissars für Berlin. Die Notlage der Stadt wird immer schlimmer, und eine großzügige Finanzpolitik ist infolge des Fehlens einer geschlossenen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nicht möglich. Auch die vom Magistrat und indirekt auch von der Regierung geforderte Erhöhung der Grundwertsteuer kann im Roten Hause keine Mehrheit finden. **Obwohl der Magistrat, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, sie beschlossen hat, will die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion neben anderen Parteien sie ablehnen.**

Wenn nun am kommenden Donnerstag der allein vom alten Büro der Stadtverordnetenversammlung übrig gebliebene stellvertretende Vorsteher Fabian (deutsch-natl.) den Standpunkt vertritt — und es wird nach unseren Informationen der Fall sein —, daß die Vorsteherwahl erst eine Woche später stattfinden darf, indem er die Geschäftsordnung dementsprechend auslegt, dann werden die Linksparteien und auch die Demokraten protestieren. Es wird wieder heftige Debatten und **schließlich den vorzeitigen Schluß der Versammlung geben. Die Stadtverordneten würden dann bis zum 24. Januar arbeitsunfähig sein.** Bei der ganzen Lage der städtischen Geschäfte wäre das aber geradezu katastrophal, und die Möglichkeit der Einsetzung eines Staatskommissars noch wahrscheinlicher als vorher.

Die Deutschnationalen aber wollen offensichtlich den Staatskommissar und Neuwahlen. Nur so ist ihr Umfall zu verstehen.

V—r.

Die Grundwertsteuer im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist heute mittag im Rathause zusammengetreten, um zu der vom Magistrat ernet vorgeschlagenen Erhöhung der Grundwertsteuer Stellung zu nehmen. Soweit es sich zur Stunde übersehen läßt, werden die bürgerlichen Fraktionen, die bei der ersten Beratung der Steuererhöhung von 30 auf 100 v. H. eine ablehnende Haltung einnahmen, ihren Widerstand aufgeben. Sozialdemokraten und Kommunisten werden wieder dagegen stimmen, weil die Erhöhung der Grundwertsteuer auf die Mieter abgewälzt werden kann. Ueber Annahme oder Ablehnung der Steuererhöhung in der Stadtverordneten-Versammlung ist bei den Zufallsmajoritäten in der Stadtverordneten-Versammlung nichts vorher zu sagen.

Die ausländischen Studenten in Deutschland.

Wir machen uns beliebt.

Zu gestern mittag hatte der Aktionsausschuß der ausländischen Studenverbände seine Mitglieder zu einer zweiten Versammlung in den großen Saal der Korso-Lichtspiele in der Bismarckstraße zusammenberufen, um Bericht zu erstatten über den Erfolg, den ihre Schritte beim Unterrichtsministerium zwecks Ermäßigung resp. Regulierung der Hörergebühren für die ausländischen Studierenden an der Universität Berlin gehabt hatten. Der Erfolg ist leider ein völliger Mißerfolg gewesen. Man kann wohl sagen, daß dies auch im Interesse der Universität zu bedauern ist.

Der erste Redner zur Tagesordnung, Dr. Poulantzas-Griechenland hob hervor, daß ebenso wie das erstemal die Vertreter des Aktionsausschusses den Minister selbst nicht zu sehen bekommen hätten, sondern mit dem Dezernenten verhandelt hätten. Während ihnen indessen das erstemal weitestgehende Versprechungen gemacht worden waren, besonders bezüglich der Berücksichtigung ihrer Gesuche um Ermäßigung der Hörergebühren, wären sie am vergangenen Freitag endgültig mit allen Vorstellungen und Forderungen abgewiesen worden. Während es zuerst geheißen hatte, wer nicht zahlen kann, wird berücksichtigt, hieß es jetzt, wer nicht zahlen kann, soll gehen. Wieder wies Dr. Poulantzas auf das eminente Interesse Deutschlands hin an dem Verbleiben der ausländischen Studenten als Keimträger der deutschen Kultur, der deutschen Wissenschaft bei ihrer Rückkehr in die Heimat, wo die Vorurteile gegen Deutschland in weitestem Maße noch beständen.

G. v. Martós-Ungarn beklagte sich bitter über die Engstirnigkeit der preußischen Behörden die sich in direktem Gegensatz zu der Auffassung der Vertreter der deutschen Wissenschaft befänden. Mit diesen haben die ausländischen Studenten die für sie so brennenden Fragen nach jeder Richtung besprochen und stets völliges Verständnis gefunden. Auch dafür, daß es Deutschlands ureigenstes Interesse ist, die ausländischen Studenten auf deutschen Universitäten zu erhalten. Er brachte wiederum zum Ausdruck, daß nach Stabilisierung der deutschen Mark beinahe alle ausländischen Studenten gegenüber den Goldpreisen in Deutschland aus valutaarmen Ländern seien.

Dr. Koffler-Rumänien faßte als Beschluß der Versammlunz die Absicht der Studenten zusammen, daß, falls die Behörden auf ihrem Standpunkt beharrten, den ausländischen Studenten nichts weiter übrig bliebe, als Berlin zu verlassen. Für die im letzten Semester Stehenden ein harter Schritt. Frankreich und Italien jedoch, die nicht nur keine Ausländergebühren erhöben, sondern im weitesten Maße Stipendien erteilten, ständen mit offenen Armen da, die aus Deutschland vertriebenen Studenten zu empfangen.

Die folgende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, weil behauptet wurde, die Vereinigungen der einzelnen Nationen hätten sich, jede für sich, mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt. In diesen Privatunterhandlungen sei einigen Ermäßigung gewährt, in anderen Fällen, wo es sich um Deutschland, resp. Preußen nicht genehme Nationalitäten handelte, sei sie verweigert worden.

Für den unbefangenen Zuhörer ging aus den erregten Aeußerungen hervor, daß das Ministerium offiziell jede Ermäßigung abgelehnt, sie jedoch inoffiziell in erheblichem Maße gewährt haben mußte.

Im deutschen Interesse ist diese merkwürdige Behandlung der Angelegenheit zu bedauern. In der Tat hat Deutschland ein weitgehendes Interesse daran, die ausländischen Studenten der deutschen Wissenschaft als Schüler der deutschen Systeme und Schulen zu erhalten.

Einer der Diskussionsredner traf den Nagel auf den Kopf, als er erklärte, die Studenten, die nicht zahlen könnten, sollten nicht, wie vielasch geschehen, aus Liebe zur deutschen Wissenschaft, aus Hingabe an ihr Studium Mäntel, Uhren usw. versetzen. Dadurch erweckten sie bei den Behörden nur den Eindruck, als ob die anderen, die nicht zahlten, böswillig seien und einfach nur nicht zahlen wollten. Wer zahlen könne, müsse selbstverständlich zahlen. Wer aber nicht zahlen könne, solle ruhi gabwarten. Deutschland würde nicht das Odium auf sich nehmen, womit es sich bei den Nationen der ganzen Welt belasten würde, die ausländischen Studenten in corpore durch seine engherzigen Maßnahmen vertrieben zu haben.

Margarete Caemmerer.

Ein „Fehmurteil". Der Mordversuch an dem Kommunisten Johann Rausch, der in der Oderberger Straße 15 von früheren politischen Gesinnungsgenossen erschossen werden sollte, stellt sich nach den bisherigen Ergebnissen tatsächlich als die Vollziehung eines Urteils dar. Rausch war Mitglied der Kommunistischen Partei und ist von seinen Genossen als ein Verräter angesehen worden. Als die Partei vom Militärbefehlshaber aufgelöst worden war, hat ein sogenanntes „Direktorium" allen Verrätern die Todesstrafe angedroht. Im Falle Rausch scheint es sich um eine Verurteilung zu handeln. Rausch ist von zwei Leuten, von dem der eine, Peters, bestimmt Mitglied der russischen Tscheka war, aus seiner Wohnung unter einem Vorwand gelockt worden. Auf der Treppe hat man ihn dann mit zwei Schüssen niedergestreckt. Peters hat bereits in Rußland mehrfach der Tscheka als der Vollzieher von Urteilen gedient. Auf seine Ermittlung und die Festnahme seines bisher unbekannten Mithelfers sind 500 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Rausch befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der eine Schuß, der ihm durch die Brust gegangen ist, hat nicht, wie man ursprünglich glaubte, das Herz verletzt. Es wird mit seiner Gesundung gerechnet.

Bisher 300 Opfer des Glatteises. Die Stationen des Berliner Rettungsamtes haben seit gestern abend 300 Personen behandeln müssen, die infolge Glatteises auf den Bürgersteigen zu Fall gekommen waren. 150 hatten so schwere Verletzungen, wie Schnekel-, Arm- und Beinbrüche, davongetragen, daß sie in Krankenhäuser transportiert werden mußten. Die Polizeibeamten sind erneut darauf hingewiesen worden, Hausbesitzer, die nicht streuen lassen, zur sofortigen Ausführung ihrer Pflicht zu zwingen.

Urbahns verhaftet. Der militärische Leiter des Hamburger Oktoberputsches, der Kommunist Urbahns, auf den die Polizei schon seit langem fahndet, ist gestern bei einer Liebknechtfeier auf dem Ohlsdorfer Friedhof bei Hamburg verhaftet worden. Der Polizei war bekannt geworden, daß bei dieser Feier wahrscheinlich mehrere kommunistische Führer sprechen würden, die von den Unruhen her gesucht werden. Sie entsandte daher eine Anzahl Kriminalpolizisten zum Friedhof, die feststellten, daß Urbahns dort sprach, und die ihn, als er später ein Auto besteigen wollte, festnahmen. Urbahns und vor allen Dingen die ihn begleitende kommunistische Sicherheitswache leisteten heftigen Widerstand. Es kam zu inem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf ein Mann getötet und mehrere verletzt wurden. In ihrer Bedrängnis requirierte ein Teil der Beamten ein vorbeifahrendes Privatauto, mit dem sie Urbahns zum Gefängnis fuhren. Der Rest der Polizeibeamten erwehrte sich der anstürmenden Kommunisten so lange, bis Sicherheitspolizei eintraf, die den Kirchhof säuberte. Mit Urbahns ist sozusagen der Generalstabsoffizier des kommunistischen Putsches für Nordwestdeutschland verhaftet worden.

Straßenbahnlinie 11 kommt wieder. Morgen wird die Straßenbahnlinie 11 wieder in Betrieb genommen, und zwar zwischen Huttenstraße, Lehrter Bahnhof, Stettiner Bahnhof, Köpenicker Straße, Köpenicker Brücke, Schlesischer Bahnhof, Treptow-Elsenstraße, Ringbahnhof Neukölln.

Reichsgründungsfeier in Baden. Das badische Staatsministerium veranstaltet, wie uns gedrahtet wird, am 18. Januar eine Feier zur Erinnerung an die Reichsgründung. Bei dieser Feier wird, auf Einladung des Staatsministeriums, Fritz von Unruh die Festrede halten.

Der Streik der deutschen Seeleute in England. Der Streik der deutschen Seeleute in den englischen Häfen hat sich beträchtlich ausgedehnt. Nach einer unter dem Vorsitz Havelock Wilsons abgehaltenen Besprechung der Delegierten aller Schiffe, die im Londoner Hafen liegen und von der Bewegung bedroht sind, wurde einstimmig beschlossen, nicht nachzugeben, urd Weisungen an alle Häfen zu senden, durch die die Seeleute auf deutschen Schiffen zur Arbeitseinstellung aufgefordert werden.

Kaehne junior vor der Berufungsinstanz. Heute beginnt vor der Berufungsstrafkammer des Landgerichts Potsdam der Prozeß gegen den Förster Karl v. Kaehne jr., der wegen Körperverletzung, Beleidigung, Nötigung und unbefugten Waffentragens angeklagt ist. **Es handelt sich um die Vorfälle, die schon** einmal im September vorigen Jahres das Schöffengericht Werder an der Havel beschäftigt haben. Das Schöffengericht hat Kaehne damals zu neun Monaten Gefängnis und 600 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hat Kaehne Berufung eingelegt, so daß die Sache heute noch einmal vor der Strafkammer verhandelt werden muß. Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor Hartung. Es sind acht Zeugen vor Gericht geladen. In der letzten Schießaffäre des jungen v. Kaehne, bei der zwei Leute, die in den Wald von Petzow eingedrungen waren, durch Schüsse verletzt und Kaehne jr. selbst so schwer mißhandelt wurde, daß er längere Zeit im Krankenhaus zubringen mußte, sind die gerichtlichen Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlung erscheint es fraglich, ob es in diesem Falle zu einer Anklageerhebung gegen einen der Beteiligten kommen wird. Die Sache beschäftigt zurzeit den Untersuchungsrichter.

Aus der Diplomatie. Der argentinische Rechtsanwalt Dr. Arturio Crespo ist zum Zivil-Attaché bei der argentinischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden.

Märkischer Wintersporttag.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ Freienwalde a. O., 13. Januar.

Mit einem Wort; Der Freienwalder Wintersporttag war die bisher größte und wohl auch interessanteste wintersportliche Veranstaltung in der Mark Brandenburg; sie war eine weitere Frucht der zähen Arbeit führender Berliner Wintersportler, begünstigt durch vortreffliches Winterwetter mit Pulverschnee und Frost bis 13 Grad bei Windstille.

Von Berlin waren über 1000 Wintersportler aller Art gekommen, von Freienwalde und seiner näheren und weiteren Umgebung nahmen mehrere tausend Bewohner als Bewerber und Zuschauer teil. Die Freienwalder Sportkreise (Justschat) und die Stadt Freienwalde hatten ihr möglichstes getan, um die Scharen der Teilnehmer gut unterzubringen, leider gelang ihnen das nicht in allen Fällen, denn manche Gaststätten und Private ließen es sich nicht nehmen, auch für die aktiven Teilnehmer reichlich teuer und mäßig zu sein.

Hauptlauf 9 Km.): 1. Phil. Kanneberg-Oberstdorf 57 : 27; 2. Hans Looß 57 : 57; 3. Alfr. Kagener 59 : 09. — Herren-Altersklasse I (18—20 Jahre) (9 Km.): 1. Hans Roegener 54 : 33; 2. Helm. Sachs 56 : 17; 3. Herb. Kurz 57 : 09. — Hauptlauf für Damen (4 Km.): 1. Frau Käte Lange 29 : 57; 2. Sof. Geh 31 : 30; 3. Hedw. Langer 35 : 54. — Damenklasse (18—30 Jahre): 1. Lotte Frommel 31 : 04; 2. Gettr. Borchert 32 : 54; 3. Käthe Koblenz-Eberswalde 52 : 56. — Damen-Anfänger: 1. Frida Deffrent 72 : 53; 2. Marg. Albrecht 74 : 46. — Jugendlauf für männl. Jugend bis 16 Jahre: 1. Werner Menzel 65 : 35; 2. K. Porel 68 : 15. — Jugend, männl. (16—18 Jahre): 1. Günther David 66 : 47; 2. Kurt Hinzmann 66 : 48. — Jugend, weibl.: 1. Ursula Bockmann 67 : 58; 2. Nelly Kutzke 75 : 68. — Herren-Anfänger, 4 Km.: 1. Leibholz 33 : 54; 2. Alex Hülß 33 : 54; 3. E. Fleischmann 37 : 54. — Sprunglauf: 1. Th. Leibold (Skiklub Mittelmark) 10 Mtr. gest.; 2. Hellm. Sachs (Berl. Schlittschuh-Club) 9 Mtr. gest.; 3. Otto Triebel 8 Mtr. gest.; 4. Georg Wildenhof (C. H. S. C.), Schierke, 8 Mtr. gest.; 5. Steengerts (Skiklub Schwarzwald) 8 Mtr. gest.

Der Ueberfall auf den „Sportklub 1880". Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik sowie gegen verschiedene Paragraphen des Strafgesetzbuches hatten sich in fünftägiger Verhandlung vor der Frankfurter Strafkammer 13 Kommunisten zu verantworten. Sie hatten im Oktober v. J. Ueberfälle auf eine Schar Ausflügler am Lohrberg, auf das Sporthaus des Sportklubs von 1880 und auf das Besitztum eines Gastwirts unternommen. Nach Auflösung der proletarischen Hundertschaften unterhielten die Angeklagten eine die gleichen Ziele verfolgende Organisation. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2½ Jahren. In zwei Fällen erfolgte Freisprechung.

Radio-Konzert im Deutschen Bühnenklub. Der Deutsche Bühnenklub müßte nicht vom Geist der Zeit gepackt sein, wenn er nicht das Wunder der Gegenwart, die Radiowelle in seine gemütlichen Räume dringen ließe. Zur ortsüblichen Nachtstunde erschien am Sonnabend Unter den Linden Oberingenieur Nairz, um zunächst in einem wahrhaft populären Lichtbildvortrage das Wesen der drahtlosen Telephonie dem Auge darzustellen. Sodann bewirtete er freigebig das Ohr aus einem Schalltrichter, der ein Konzert den Weg vom Westen der Stadt (Voxhaus) bis zum Zentrum spielend bewältigen ließ. Man hörte, Uracks Cello, Charlotte Rosens Geige, die Stimmen der Sänger Günther und Stock und den Komiker Plaut, mit ehrerbietigem Staunen über die Fortschritte, die der Radiotechnik in so kurzer Zeit geglückt sind. Ein dichtgescharter Kreis von Zuhörern bezeugte das Interesse der Schauspieler, und die folgende Fidelitas bewährte den Geist des Klubs. Die Zuhörer mit dem Reichsminister Stresemann, dem Reichstagspräsidenten Löwe und Dr. Hilferding an der Spitze, befolgten lachend die Parole „es darf nichts übelgenommen werden", als Willy Scheffers seine Revuenummer als Erklärer der Käserundfahrt mit witzigen Anzapfungen der Anwesenden vortrug. Harry Hauptmann mit seinen musikalischen Parodien, Ernst Pröckli und Josef Plaut wetteiferten erfolgreich, als Vortragende ohne Schalltrichter, mit dem Radiokonzert.

Wiederholt

[In einem Teil der Morgenausgabe bereits erschienen.]

[In einem Teil der Sonntagausgabe bereits erschienen.]

Der Einwanderungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses sprach sich für eine **Einschränkung der jährlichen Einwanderungsziffer** aus. Es sollen je 2 v. H. jeder Nationalität zugelassen werden, die sich im Jahre 1890 in den Vereinigten Staaten befand, mit einem Jahresminimum von 200 für die einzelne Nation.

✱

In Warschau wurde auf Anordnung des Generalstabes **die gesamte fascistische Organisation verhaftet.** Unter den Festgenommenen befinden si chetliche Generale und hochgestellte Personen.

✱

In Prag wurde eine **„Spiritus-Af-färe"** aufgedeckt, in die fast sämtliche Koalitionsparteien verwickelt sind. Den Parteien wurde im Jahre 1921 der Spiritusverkauf in der Tschechoslowakei angeboten. aus dessen Erlös die Parteien ihren Organisationsapparat bezahlten.

✱

In **New York** notierten am 12. Januar: Tägliches Geld nom. (Vortag: 4½ v. H.). — Wechsel auf London (Cable Transf.) 24,2650 (4,2782), do. (60 Tage) 4,2350 (4,2462), do. Paris 4,67 (4,77), do. Amsterdam 37,40 (37,60), do. Kopenhagen 17,42 (17,51), do. Prag 2,91 (2,91), do. Berlin, Schlußkurs 22½—23 c. nom. pro Bill. — Silber, ausländ. 63⅛ (62¼). — Kaffee, loko 10⅞ (10⅞), do. März 10,25 (10,25). — Baumwolle, Tendenz unregelmäßig: loko 34,35 (34,35), do. Januar 33,55—33,55 (33,55 bis 33,55). — Weizen, Rotwinter, neue Ernte, loko 124⅛ (Vortag: 124), do. Hartwinter, loko 125½ (125½). — Mais 91½ (90¾). — Mehl, spring wheat clears 5,00—5,50 (5,00—5,50). — Getreidefracht, nach England 2 sh 10 d (2 sh 10 d), do. nach dem Kontinent 15 c. (15 c).

In Chicago notierten am 12. Januar: (W. T. B.) Weizen, Tendenz stetig; do. Mai 109¼ (Vortag: 108⅞), do. Juli 107½ (107⅝). — Roggen, Mai 75⅛ (75), do. Juli 75⅝ (75½). — Schmalz, Tendenz kaum stetig; do. Januar 12,20 (12,22½), do. März 12,07½ (12,07½)

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln.
Verlag und Druck: Ullstein A.G. Berlin

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 23 • Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. Montag, 14. Januar 1924 abends

Berliner Fondsbörse.

Anhaltende Geschäftsunlust.

Da keine neuen wirtschaftlichen oder politischen Momente vorliegen, die auf die Börse hätten einwirken können, hat sich auch die Lage an den Effektenmärkten zum Beginn der neuen Woche nicht verändert. Das hervorstechendste Merkmal der heutigen Börse war wieder die völlige Geschäftsunlust, die vielleicht gegen die Vorwoche noch zugenommen hat. Rein äußerlich kam dies dadurch zum Ausdruck, daß vielfach nur erste Kurse festgestellt wurden, dann der Handel völlig zum Erliegen kam und erst wieder für die Kassakurse Umsätze vorgenommen wurden. Die Stagnation des Börsengeschäftes ist auch heute wieder ebenso sehr auf die Interesselosigkeit der außenstehenden Kreise als auch auf die Börsenspekulation zurückzuführen. Die Aufträge, die an die Börse gelangt sind, waren wieder minimal, doch überwogen eher die Verkäufe, die insbesondere vom Rheinland zu stammen schienen. Die Börsenspekulation verhielt sich anfänglich völlig passiv, später schritt sie zu Abgaben. Unter diesen Umständen war die Tendenz kaum verändert, die Kursschwankungen zu den ersten Kursen hielten sich in bedeutungslosen Grenzen nach beiden Seiten.

Im weiteren Verlauf wurde die Tendenz jedoch ausgesprochener, und zwar bröckelten fast alle Kurse ab. Bemerkenswert ist nur die Tatsache, daß heute ganz im Gegensatz zu der bisherigen Haltung gerade die schweren Werte stärker angeboten wurden und die leichteren Papiere sich besser behaupteten. Eine Ausnahme von der Geschäftsstille machten einige Bankaktien, unter denen vor allem die Aktien der Darmstädter und Nationalbank lebhafter gesucht waren.

Am Montanaktienmarkt lagen anfänglich nur Essener Steinkohle (+2) und Bochumer Guß (+1) höher, sowie verschiedene andere Werte behauptet. Die Mehrzahl war jedoch angeboten bei Kursrückgängen, die im weiteren Verlauf bis zu 4 gingen, so Gelsenkirchen —3,25, Buderus im gleichen Ausmaß niedriger, Klöcknerwerke sogar —4,5. Unter den oberschlesischen Werten nur Laurahütte anfänglich eine Kleinigkeit niedriger, später aber wieder auf den früheren Zustand erholt. Für die übrigen Papiere waren die Veränderungen nicht nennenswert. Kaliaktien überwiegend niedriger, bei Rückgängen bis zu 2 pCt. Chemische Papiere dagegen vorwiegend behauptet, aber ohne nennenswerte Bewegungen. Badische Anilin (+1,25) bevorzugt, auch Guano stärker gefragt; hier kommt nur ein Kassakurs zustande. Unter Elektrowerten Elektr. Licht und Kraft sowie A. E. G. eine Kleinigkeit gebessert

Unter den übrigen Industriepapieren waren mäßige Abschwächungen vorherrschend. Sie gingen jedoch nur in wenigen Papieren über 2 hinaus. Eine Ausnahme machten Gebr. Böhler, die schärfer angeboten waren und um 5 nachgaben. Motorenfabrik Deutz verloren 3½, Berlin-Karlsruher Industrie 2. Einiges Interesse bestand für Orenstein u. Koppel und Krauss, die sich eine Kleinigkeit erholten. Metallwerte lagen ohne nennenswertes Geschäft, aber meist eine Kleinigkeit schwächer. Im übrigen war nur für einige Spezialwerte leichteres Interesse festzustellen; so gewannen Basalt 2, gaben aber nachher um 1 nach. Auch für Gebr. Junghans Schiffahrtswerte leicht abgeschwächt; dagegen entwickelte sich in einzelnen Bankwerten leichtes Geschäft. So gewannen Darmstädter 1⅝ und Deutsche Bank 1.
(+1) und für Schultheiß (+1) bestand leichtes Interesse.

Von Kolonialwerten nannte man: Kaoko 1, Sloman 16, Südsee 20, Diamond 16, Salitrera 285.

Von russischen Werten wurden gehandelt: 1902er Russen 5, Petersburger Intern. 4, Russenbank 4,75.

Heimische Renten lagen uneinheitlich. 3proz. Reichsanleihe waren gefragt, während 3,2- und 4proz. Reichsanleihe angeboten waren. Ausländische Renten meist etwas fester, insbesondere Oesterreicher und Ungarn.

Unter den heimischen Anleihen entwickelte sich ein sehr lebhaftes Geschäft für Kriegsanleihe, die von 102 vorübergehend auf 130 anzogen, zum Teil war diese Bewegung darauf zurückzuführen, daß an den anderen Börsenplätzen der Kurs sogar bis auf 140 angezogen hatte. Im weiteren Verlauf gab aber die Anleihe wieder nach und wurde zum Schluß der Börse mit 120 umgesetzt.

Der Kassamarkt zeigte keine einheitliche Haltung. Bei stillem Geschäft waren indessen eher Abschwächungen zu verzeichnen. Höher waren u. a.: Erdmannsdorfer 12, Egestorff 19, Schles. Zement 5, Kammerichwerke 6¼. Niedriger waren: Feinjute 7, Eintracht 6, Roddergrube 17, Schött 3.

Der Markt der unnotierten Werte zeigte im Einklange mit der Gesamttendenz bei stillem Geschäft meist leichte Abschwächungen. Man nannte u. a.: Berliner Schmirgel 200, Brown Boveri 2,75, Landlicht 400, Süddeutsche Schebera 4, Benthe 6, Ludwigsburger Porz. 4, Wengolit 300, Werra 600, Huttenlocher 625, Ummendorf 3. Weiter notierten:

Notierungen in Billionen Prozent.

	14. 1.						
		Dt.Wld. u.H.	0,50	Holzm. Glas	2,50	Pomona	—
Adler Kohle	27,00	Dt. Erdöl	59,00	Huttenloch	0,625	Pose	0,45
Agema	0,40	Dt.Kol.-Ant.	—	Ifa	0,90	J. Roth AG.	2,50
AG.f.Petr-I.	12,50	Dt. Lastauto	1,75	Ipu	90,00	Ruhland W.	2,50
Allemania	0,65	Dt. Petrol.	27,00	Kab. Rheydt	14,00	Schebera	3,50
A. Hochbau	1,50	Dortm. Cem.	1,20	Koch Schiff		Schls.-Trier	—
Alth.Amb.F.		DuxPorzell.	50,00	Krügersh.	13,00	Schwerdtfg.	—
Bayernw.Hz	2,00	Elektr. Osm.	0,675	Kurs. Brk.	2,00	Jul. Sichel	9,00
Beck. Kohle	13,00	Evaporator.	0,65	Lerche&Nip	0,45	Stock & K.	0,95
BeckerStahl	11,50	Fraurth. Pz.	16,00	Lloyd-Dyn.	2,50	StoewerMot.	4,25
Benz	5,00	Frist.&Ross	—	Manoli Zig.	0,95	Stralau Glas	20,00
Bln.-Halbst.	0,40	Getreide-C.	—	Martins&Bl.	0,50	Technik	0,55
Berlin Bod.	—	Glückauf B.	3,25	Meurer	0,75	Terra-Film	1,40
Brand. Futt.	—	Görlitz. Ztrf	—	MeyerTextil	0,65	Thür.Uhren	3,00
Brown Bov.	2,75	Grade-Auto	0,80	Muldenthal	0,375	Tiag	3,00
Buciag	—	Grade-Mot.	2,00	Müll. Kaffee	0,90	TriererWlz.	40,00
Cp.Hisp arg	365	Großkr. Fr.	3,50	Nation. Film	0,65	Tuchsch.Hlz	3,00
do. span.	355	Hannov Kali	33,00	Nicolai Tab.	—	Ufa	7,00
do. Aktien	1675	Hasse & Co.	1,40	Nienbg. Eis.	1,50	Ummendorf	3,00
Chem. Hahn	0,20	Heldburg	80,00	NiwelZigar.	0,275	Vema	0,80
Chem Lübbe	3,00	Hintz Grün.	5,50	Oehring.Bg.	—	Vogtldr.&S.	—
Dauerwsch.	0,50	Hochfrequ.	22,80	Olea	9,50	Warenkrbk.	0,080
Dt.Chem.W.	0,35	Holsatia	3,00	OswaldFilm	0,55	Zeitz. chem.	10,00

Weiterer Verlauf der Börse siehe Kurszettelseite.

Die Bezugrechtsnotierung auf Aktien der Huttenlocher A.-G. für Maschinen- und Apparatebau in Berlin findet am 15., 16. und 17. Januar im Freiverkehr der hiesigen Börse statt.

*

Tägliches Geld unverändert ⅜—¼ pCt. pro Tag.

*

Frankfurter Börse.

Die heutige Börse eröffnete etwas befestigt, jedoch waren die Erhöhungen bescheiden. Im Freiverkehr nannte man: Api 13½, Deutsche Petroleum 28, Ufa 7½. Die beabsichtigte Einführung der Aktien des Becker-Konzerns an der Züricher Börse machte nur geringen Eindruck. Stahlwerk Becker 12½, Becker Kohle 13¼. Am Schwankungsmarkt eröffneten Badische Anilin mit 26½, Scheideanstalt 32, Höchster Farbwerke 19, A. E. G. 14¼.

Interessengemeinschaft I. L. Rex — Hinz & Küster. Zwischen den Firmen I. L. Rex und Hinz & Küster ist eine Interessengemeinschaft zwecks gemeinsamen Einkaufs und besserer Ausnutzung ihrer Betriebsanlagen zustande gekommen. Im übrigen werden die beiden Firmen getrennt weiter geführt.

Verlegung des Geschäftsjahres bei der A. E. G. Wie wir aus Verwaltungskreisen erfahren, beabsichtigt die Gesellschaft gleichzeitig mit dem Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr einen solchen per 31. Dezember vorzulegen. Das Geschäftsjahr soll in Zukunft das Kalenderjahr sein.

Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken A.-G. Die in Gotha abgehaltene o. G.-V. genehmigte die Regularien. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung. Hofkammerrat Dr. W. Eberbach-Gera wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß die erste Hälfte nicht ungünstig verlaufen sei. Das Werk Haspe, das durch den Ruhreinbruch zum Erliegen gekommen sei, werde in kurzem den Betrieb wieder aufnehmen. Die Gesellschaft hoffe auf ein befriedigendes Jahresergebnis.

Stille am Devisenmarkt.

1 Dollar . . . . = 4,2 Billionen Papierm.
1 Gold- oder Rentenmark . . . . = 1 Billion Papiermark.

Obwohl sich wie stets am Wochenbeginn der Bedarf von zwei Tagen ansammelte, war heute keineswegs eine Zunahme der Anforderungen festzustellen. Von Schwankungen in den Eingängen für die einzelnen Valuten abgesehen, ist der Saldo der Kaufaufträge eher, wenn auch nicht erheblich, zurückgegangen. In Amsterdam waren die Ansprüche heute nach der starken Verminderung am letzten Sonnabend allerdings etwas größer. Die Eingänge an Exportdevisen sind im großen und ganzen unverändert geblieben.

Die Kursfeststellung erfolgte heute auf wesentlich niedrigerer Basis für London mit 18 Bill., da die europäischen Valuten nach wie vor gegen Kabel New York ausgesprochen schwach liegen. Kabel gegen London stellte sich hier auf 4,24¾ zu 4,23¾. Einen weiteren sehr scharfen Rückgang hat der Franken erfahren. London gegen Paris stellte sich hier anfänglich auf 93½, war später aber mit 94¾ gesucht, ohne daß zu diesem Kurse Abgeber vorhanden gewesen wären. Kabel gegen Paris anfänglich 22¼, später entsprechend steigend.

Gegen 2 Uhr wurde London gegen Paris hier mit etwa 94⅞ gehandelt.

Die Kursfeststellung der übrigen Valuten erfolgte in Uebereinstimmung mit London zum Teil ebenfalls auf wesentlich niedrigerer Basis. Bemerkenswert ist, daß Devise Mailand, die international ausgesprochen fest liegt, heute, nachdem sie bereits Devise Belgien überholt hatte, auch die französische Valuta hinter sich gelassen hat.

Das Angebot war teilweise recht umfangreich, besonders trat dies in Paris zutage, in dem etwas mehr als 3 Mill. Fr. an den Markt kamen. Auch in Holland erfolgten bemerkenswerte Abgaben von rund 250 000 Gulden, obwohl auch für diese Valuta der Kurs herabgesetzt wurde. Stärkeres Material kam ferner noch in Stockholm und Belgien heraus, ebenso auch auf erhöhtem Kursniveau in Mailand.

Kabel New York notierte unverändert 4,2 Bill

In der Markbewegung sind kaum Veränderungen erfolgt. Aus Amsterdam wird ein Kurs von 60¾ zu 61 gemeldet, aus London von 18⅛ Bill., aus Zürich liegt ein Kurs von 1,35 vor.

Am Notenmarkt wurden auf Dollarnoten große Abschnitte 4, kleine 2, französische Franken, holländische Gulden je 25 pCt. zugeteilt. Auf englische Pfunde große Abschnitte entfielen 45, kleine 25 pCt.

*

In Dollarschatzanweisungen hat die Nachfrage gegenüber der Vorwoche eher noch zugenommen. Da Material kaum herauskam und auch von der Reichsbank nicht zur Verfügung gestellt wurde, wurde der Kurs gestrichen Geld.

In Goldanleihe bewegt sich das Geschäft im allgemeinen etwa in den gleichen Bahnen. Der Kurs für die 32- und 35er Goldanleihe stellte sich auf 4,2 Bill. bz.

Berliner amtliche Devisenkurse.
in Millionen Mark.

Telegr. Auszahlungen Reichsbank-Diskont 90%	Bank-Diskont	14. 1. Geld	14. 1. Brief	12. 1. Geld	12. 1. Brief
Holland . . . . 1 Gulden	4½	1615950	1624050	1615950	1624050
Belgien . . . . 1 Frank	5½	178553	179440	178553	179447
Christiania . . . . . 1 Krone	6	611468	614532	611468	614532
Kopenhagen. . . . . 1 Krone	6	746130	749870	746130	749870
Schweden . . . . . . 1 Krone	5½	1129170	1134830	1129170	1134830
Helsingfors . . . . . 1 finn. M.	10	106732	107268	107730	108270
Italien. . . . . 1 Lira	5½	189525	190475	189525	190475
London . . . . 1 Lstr.	4	17955000	18045000	18154500	18245500
New York . . . . . . 1 Dollar	4½	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris . . . . 1 Frank	5½	189525	190475	201495	202505
Schweiz . . . . 1 Frank	4	742140	745860	747128	750872
Spanien . . . . 1 Peseta	6	538650	541350	546630	549370
Deutsch-Oest. abg. 1000 Kron.	9	60598	60902	61595	61905
Prag . . . . 1 Krone	5½	125186	125814	125186	125814
Budapest . . . . 1 Krone	18	156,607	157,393	158,602	159,398
Buenos Aires . 1 Papier-Peso	—	1386525	1393475	1386525	1393475
Bulgarien . . . . . . 1 Leva	6½	31022	31178	31022	31178
Japan . . . . 1 Yen	—	1895250	1904750	1915200	1924800
Rio de Janeiro . . 1 Milreis	—	470920	473180	458850	461150
Jugoslawien. . . . . 1 Dinar	—	48378	48622	48378	48622
Portugal . . . . . . 1 Escudo	—	—	—	138652	139348

Berliner Produktenverkehr.

Die Berliner Produktenbörse verkehrte heute in einer etwas freundlicheren Haltung. Das Angebot hat sich erheblich verkleinert, während sich auf der anderen Seite eine stärkere Nachfrage, namentlich nach Roggen, bemerkbar macht. Anscheinend ist auch die Reichsgetreidestelle als Käufer im Markt, wenn auch von ihr nur sehr vorsichtig Anschaffungen vorgenommen werden. Auch nach Weizen macht sich mehr Begehr bemerkbar, da die Nachfrage nach Mehl gewachsen ist. Es herrscht größere Kauflust bei den Mühlen, bei denen das Geschäft anscheinend wieder in Gang kommt. Gerste in guten Brauqualitäten war leicht unterzubringen, während Hafer nach wie vor vernachlässigt liegt.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 14. Januar.
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	161—164	161 163	Vikt.-Erbs.	38,00—40,00	39,00—41,00
" pomm.	—	—	Kl. Speise-	20,00—24,00	20,00—24,00
" schles.	—	—	Futtererbs.	16,00—17,00	16,00—17,00
Roggen, märk.	145—150	143—146,5	Peluschken	14,00—15,00	14,00 15,00
" pomm.	144—145	142—143	Ackerbohn.	12,00—14,00	12,00—14,00
" schles.	—	—	Wicken	15,00—16,00	15,00—16,00
" westpr.	143—145	—	Lupin.blaue	14,00—16,00	14,00—16,00
Gerste, Sommer-	166—171	165—168	do. gelbe	15,00—17,00	15,00—17,00
" schles.	—	—	Serradella	16,00—18,00	16,00—18,00
Hafer, märk.	115—120	112—118	Rapskuchen	11,50—11,75	11,50—11,75
westpr.	—	106—109	Leinkuchen	25,00—26,00	25,00—26,00
Mais loko Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr. Hamb.	173—174	171—172	schnitzel	8,50—8,60	8,50—8,60
Weizenmehl	25,00—28,00	24,75—28,00	Vollw. Zuck.		
Roggenmehl	23,00—26,00	23,00—26,00	Schnitzel	16,00—18,00	16,00—18,00
Weizenkleie	8,00—8,20	8,20—8,40	Kartoffel-		
Roggenkleie	7,60—7,75	7,50—7,75	flocken	18,00	18,00
Raps	280	280	Torfmelasse		
Leinsaat	450—460	450—460	Mischg. 30/70	7,75—8,00	7,75—8,00

Tendenz: Märk. Weizen und Roggenmehl behauptet, Roggen fest, Gerste, Hafer, Mais fester, Weizenmehl still, Kleie, Raps, Leinensaat stetig.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in Billionen M.)		14. Januar	11. Januar
Elektrolytkupfer wite bars (festgestellt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)		—	—
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99—99,3 pCt. f. 1 kg in Billion. M.		1,04—1,07	1,06—1,08
Originalhüttenweichblei	do.	0,54—0,56	0,54—0,56
Hüttenrohzink, Preis im freien Verk.	do.	0,61—0,63	0,62—0,64
Remelted Plattenzink	do.	0,50—0,52	0,51—0,53
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	2,00	2,00
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	2,10	2,10
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	do.	4,65—4,70	4,60—4,65
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt. . . .	do.	4,50—4,55	4,45—4,50
Reinnickel	do.	2,30 2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	do.	0,65—0,67	0,65—0,67
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	89,00—90,00	88,50—89,50

Die Handelsbilanz weiter aktiv.

November-Ziffern.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts betrug die Einfuhr im November vorigen Jahres insgesamt 435,7 Mill. Goldmark, die Ausfuhr 514,4 Mill. Goldmark, wobei allerdings hervorzuheben ist, daß die Statistik über den deutschen Außenhandel noch immer darunter leidet, daß durch die Vertreibung der Zollbeamten aus dem besetzten Gebiet der Außenhandel hier nicht ständig erfaßt wird. Die Außenhandelszahlen bleiben also durchaus lückenhaft und die nachstehenden Wertziffern sind mit Vorbehalt aufzunehmen.

Einfuhr

	Okt.	Nov.	Jan./Nov.
I. Lebende Tiere	1 255	2 341	29 307
II. Lebensmittel und Getränke	115 842	99 299	1 054 084
IIIa. Rohstoffe	190 131	220 201	2 875 948
IIIb. Halbfertige Waren	52 406	47 652	761 672
IV Fertige Waren	75 249	63 243	849 389
V. Gold u. Silber, nicht bearbeitet, Gold- u. Silbermünzen	818	1 164	8 832
Zusammen	435 701	434 000	5 589 024

Ausfuhr

	Okt.	Nov.	Jan./Nov.
I. Lebende Tiere	188	174	2 554
II. Lebensmittel und Getränke	10 701	10 106	121 260
IIIa. Rohstoffe	34 508	26 973	329 723
IIIb. Halbfertige Waren	35 454	29 307	330 697
IV. Fertige Waren	481 349	446 674	4 718 655
V. Gold u. Silber, nicht bearbeitet, Gold- u. Silbermünzen	2 592	1 137	13 467
Zusammen	667 787	514 371	5 516 879

Zu diesen Ziffern wird von zuständiger Seite noch bemerkt: Die Zahlen bieten zwar einen Anhaltspunkt für die Größenverhältnisse des deutschen Außenhandels; sie können aber nicht zur Aufstellung einer einwandfreien Handelsbilanz benutzt werden, und zwar weder zu einer solchen für das gesamte Deutschland noch zu einer solchen für das unbesetzte Deutschland. Denn die aus dem Außenhandel des besetzten Gebiets stammenden Waren sind, wie erwähnt, nur zum Teil in der Statistik enthalten, insbesondere soweit sie ihren Weg über das unbesetzte Gebiet genommen haben, zum Teil aber nicht, ohne daß festgestellt werden kann, wie groß der in der Statistik enthaltene Teil ist. Die Wertermittlung als solche hat für die statistisch erfaßten Mengen dagegen zu zuverlässigen Ergebnissen geführt.

Der November weist im übrigen gegenüber dem Oktober keinerlei wesentliche Veränderungen auf. Die Einfuhr an Getreide ist kaum größer als im Vormonat und beträgt nur einen Bruchteil derjenigen des Monatsdurchschnitts des Vorjahres. Dagegen hat die Einfuhr von Mehl und anderen Müllereierzeugnissen wieder zugenommen und im Durchschnitt Januar-November bereits fast das Vierfache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres erreicht. Die Einfuhr von Steinkohle hat eine nicht unerhebliche Erhöhung erfahren. Sie stellt sich nunmehr auf 18 646 930 dz gegenüber 14 939 950 dz im Vormonat und 10 498 660 dz im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Im ganzen ist die Einfuhr von Steinkohle in den ersten 11 Monaten 1923 etwa doppelt so hoch gewesen als diejenige des monatlichen Vorjahrsdurchschnitts. Ihre Ausfuhr hat sich vermindert, so daß der Einfuhrüberschuß etwa 17½ Mill. dz beträgt gegenüber einem solchen von etwa 6 Mill. dz. im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. An Koks sind 1 982 690 dz eingeführt worden gegenüber 1 899 290 dz im Vormonat und 240 640 dz im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Aber auch die Einfuhr von Eisenerzen, die im größten Teil des Jahres rückgängig gewesen ist, hat sich wieder erhöht, doch beträgt sie mit 1 504 870 dz immer erst ⅙ des Monatsdurchschnitts des Vorjahres. Die Ausfuhr von Fertigwaren der Eisenindustrie war etwas gehoben, aber sie beträgt mit 882 460 dz (im Vormonat waren es 845 440 dz) noch immer weit weniger als die Hälfte der Monatsdurchschnittsausfuhr des Vorjahres.

Die Neubildung des Kohlensyndikats. Die Gründung der „Vereinigung für Verkauf und Verteilung von Ruhrkohlen A.-G.“ ist, wie bekannt, zustandegekommen, nachdem von den Mitgliedern des alten Syndikats die große Mehrheit aller Zechen mit 97½ pCt. der Gesamtbeteiligung im alten Syndikat ihren Beitritt erklärt haben. Mit einer Anzahl meist kleinerer Zechen, sogenannten Vorvertragszechen, ist bisher, wie uns aus Essen gedrahtet wird, wegen ihres Eintritts in den neuen Verband nicht verhandelt worden. Für das Zustandekommen der neuen Vereinigung war die Haltung dieser Zechen belanglos, weil sie im alten Syndikat keine Beteiligung hatten. Zu den hier in Betracht kommenden Zechen gehören in erster Linie die Zechen „Präsident“ und „Herbede“ der Steinkohlenbergwerke Becker A.-G., die Zeche „Alte Hellweg“ der Continental Caotchuc Company in Hannover, ferner die Zechen „Vereinigte Glückauf“ und „Klosterhof“. Ob diese Zechen dem neuen Ruhrkohlenverband nachträglich beitreten werden, wird von dem Ergebnis der noch aufzunehmenden Verhandlungen abhängen. Die Zechen der Becker-Gruppe standen zu dem alten Syndikat in scharfem Gegensatz, einmal, weil dem Stahlwerk Becker vom Syndikat nicht die Hüttenzecheneigenschaft zuerkannt worden war, andererseits, weil das Syndikat dem schweizerischen Kohlenlieferungsvertrag der Becker-Gruppe ablehnend gegenüberstand. Die Verhältnisse haben sich inzwischen aber so geändert, daß diese Differenzpunkte kaum noch die frühere Bedeutung haben werden. Unter den gegenwärtigen Währungs- und Preisverhältnissen dürfte die Kohlenausfuhr zurzeit für die Becker-Gruppe kaum noch gewinnbringend sein. Andererseits würde auch die Zubilligung der Hüttenzecheneigenschaft für diese Gruppe angesichts des Umstandes, daß der neue Syndikatsvertrag die Hüttenzecheneigenschaft nur noch für eine Beteiligung von 50 pCt., unter Umständen noch weniger, fordert, im neuen Kohlenverband kaum noch auf Schwierigkeiten stoßen. Die Reparationslieferungen der Ruhrzechen sollten nach dem Rahmenabkommen des Ruhrbergbaues mit der Micum vom 15. Januar ab in vollem Umfange erfolgen. Wie unser Korrespondent weiter hört, ist inzwischen eine andere Vereinbarung getroffen worden, wonach die provisorische Regelung nach dem im November 21 pCt. und im Dezember etwa 28 pCt. der Nutzförderung abgeliefert werden müssen, bis zum 15. Februar in Kraft bleibt.

Stinnes in der Verwaltung der Charlottenhütte. In der heutigen G.-V. dieser Gesellschaft wurde mitgeteilt, daß neue industrielle Verbindungen angeknüpft worden seien. Die Selbständigkeit des Unternehmens bleibt jedoch aufrechterhalten. Infolge der neuen Verbindungen wurden in den Aufsichtsrat gewählt: Hugo Stinnes und Generaldirektor Voegler, ferner Caro-Hamburg, Bankier Carl Chrambach-Breslau, Generaldirektor Dr. Eichberg-Berlin, Bankier Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank und Baron v. Schröder vom Bankhause I. H. Stein in Köln. Die Dividende wurde auf 1 Doll. für je nom. 1000 M. Aktien erster Gattung festgesetzt.

Weiterer Verlauf der Börse.

Im weiteren Verlauf blieb die Tendenz nicht einheitlich, die meisten Papiere bröckelten eine Kleinigkeit ab. Es schließen niedriger: Dt. Petroleum mit 27$\frac{1}{8}$ nach 28$\frac{1}{4}$, Oberbedarf 24 nach 24$\frac{1}{4}$, Höchster Farben 18$\frac{1}{2}$ nach 18$\frac{3}{4}$, Deutsche Bank 16$\frac{1}{2}$ nach 17$\frac{1}{2}$; dagegen höher: Hapag 40$\frac{1}{2}$ nach 40, Phönix 42$\frac{3}{4}$ nach 42, Dt.-Luxemburg 56$\frac{3}{4}$ nach 56 und Scheidemandel 37$\frac{1}{4}$ nach 37.

Bezugsrechte: N. A. G. 0,76.

2-Uhr-Kurse:

Daimler 3,75, Hirsch Kupfer 48, Hammersen 10, Ilse Bergbau 36, AEG 13,625, Ges. für elektr. Unternehm. 13,75, Schuckert 51,5, Elektr. Licht 13,25, Deutsch-Luxemburger 55,5, Laurahütte 21,5, Gelsenkirchen 59, Caro 13,25, Oberbedarf 24, Phönix 42, Harpener 86,25, Hohenlohe 37, Rheinstahl 41, Riedel 9, NAG. 3,4, Schultheiß 25,375, Leonhard Tietz 6,5, Orenstein 21, Telephon J. Berliner 7,5, Rüttgerswerke 23, Scheidemandel 37, Oberkoks 61,5, Hamburg-Packet 40,5, Norddeutscher Lloyd 9,625, Hansa 17,75, Hamburg Süd 46, Deutsche Erdöl 57, Adler Fahrrad 3,5, Deutsche Maschinen 10,5, Bank elektr. Werte 13,5, Barmer Bank-Verein 5,375, Darmstädter 16,375, Disconto 20,25, Mitteldeutsche 3,5, Berliner Handels-Gesellschaft 60, Deutsche Bank 17,25, Dresdner Bank 11,25, Commerzbank 8,625, Sloman 16, Salitrera 270, Diamond 16,25, Deutsche Petroleum 26,875.

Die Hamburger Börse

eröffnete in lustloser, gegen die Vorwoche wenig veränderter Haltung. Am Schiffahrtsmarkt bestand kleine Nachfrage nach Hapag und Hamburg-Süd, die sich um je 1 pCt. bessern konnten. Sonst verloren Deutsch-Australier 2, Kosmos 6, Lloyd und Reederei von 1896 je $\frac{1}{4}$ pCt. Am Markt der heimischen Industriepapiere war die Stimmung uneinheitlich. Es notierten Holsten-Brauerei −1, Breitenburger −$\frac{3}{4}$, Hamburger Elektrowerke +$\frac{1}{4}$, Bremen-Besigheim +$\frac{1}{2}$, Thörl −$\frac{1}{2}$. Von unnotierten Werten wurden Deutsche Seefischerei mit 10, Hochseefischerei Trave mit 3$\frac{1}{4}$, Reis- und Handels-Aktien mit 15$\frac{1}{2}$, Janssen & Schmilinsky mit 2, Nord-Union mit 1$\frac{1}{4}$, Handelsbank mit 700, Martins u. Bloch mit 290 gehandelt. Tägliches Geld $\frac{1}{8}$–$\frac{1}{4}$ pCt.

Steinkohlenförderung Deutschostoberschlesiens. Die deutsch-ostoberschlesische Steinkohlenförderung betrug, laut „Industrie-Kurier", in der Zeit vom 1.–6. Januar 135 084 (Vorwoche: 124 934) To. Die arbeitstägliche Förderung stellte sich auf 33 771 (31 234) To. In Deutsch-Oberschlesien verblieben: 65 684 (61 010) To. Nach dem übrigen Deutschland gelangten 67 241 (67 607) To., nach Polnisch-Oberschlesien 833 (1078) To. Weitere Auslandslieferungen erfolgten nicht. Der Kohlenbestand betrug am Ende der Woche 33 348 (41 847) To., der Koksbestand 11 578 (11 375) To. Die angeforderten 10 628 (10 228) Wagen, d. h. arbeitstäglich 2657 (2557) Wagen, wurden voll gestellt.

Die neue Broschüre **Goldmarkbuchführung** Preis: 2 Goldmk.

Wie buche ich

Fremdwährung, Gold-, Renten-, Papiermark, Goldanleihe, Dollarschätze

unter Berücksichtigung der neuesten gesetzl. Bestimmungen. Ohne erschwerende Einzelumrechnung Goldmarkbilanz usw.

Dazu ***14 Devisen-Geldkurse, 1. 1. 23 – 31. 12. 23.***

Bücherrevisor **BRUNO NITSCHKE,**

Charlottenburg, Schillerstraße 53. Postscheckkonto Berlin 145 723

Fortlaufende amtliche Notierungen.

Festverz. Werte		Einh.-Kurse heute	vor.					
Dt. Doll. Sch.			420	Ung. St.R.14	4$\frac{1}{2}$		4,25	3,90
Dt. Schatz 16				do. Gold-R.	4	8,25	8	7,75
IV-V	4$\frac{1}{2}$		—	do. St.R 10	4	5	5,25	5,13
do. 6-9 Agio	4$\frac{1}{2}$		—	do. Kr.-Rt.	4	2,38	2,13	2,10
do. fällig 24	4$\frac{1}{2}$		—	Lissb. St.I. II		4,25		—

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 14. Januar 1924

Hartm S. M.	50	6,75	6,00	7,75	Rh. Braunk.	500	47,75		50,5
Held & Frcke	50	1,50	1,40	1,38	do. Metallw.	7.	8,00	7,25	8,60
Hirsch Kupf.	200	48,00	1,00	50,30	Rh. Stahlwrk.	150	43,00	41,75	45,50
Höchster Fw.	300	18,75	18,50	18,75	Rh.-W. Spgst	160	8,75	8,75	9,50
Hoesch Eisen	45	59,00		60,00	Rhenania	200	10,50	11,50	10,70
Hohenlohe	100	39,00	37,00	40,25	Riebeck Mont	400	71,00		70,50
P. Holzmann	45	2,70		2,60	J. D. Riedel	200	9,50	9,13	10,25

Unsere Abonnenten erhalten den vervollständigten Kurszettel